



ZEITSCHRIFT FÜR LESBEN- UND SCHWULEN POLITIK



Wir feiern
**Ehe für
Alle**

BTW 2017
Sieben LSVD-Forderungen

JUBILÄUM
10 Jahre Hirschfeld-Eddy-Stiftung

GEGENHALTEN
Gefahr: Rechtspopulismus



Foto: Caro Kadatz

16-19 regenbogenfamilien!

Beratungskompetenz
Fachtagung des LSVD-Projekts

Familienrecht
LSVD sieht Reformbedarf



Foto: Caro Kadatz

24-29 hirschfeld-eddy-stiftung!

Menschenrechte sichern
Interview mit Staatssekretär Roth

Erfolgsgeschichte
10 Jahre HES

Shrinking Space
Konferenz im Auswärtigen Amt

Inhalt

bundestagswahl!

- 3 Die Homophobie der AfD**
Editorial
- 8 Sieben LSVD-Forderungen**
Blockaden brechen, Respekt wählen
- 10 Völkische Ideologien**
Gefahr: Rechtspopulismus
- 11 Gegenhalten**
Offene Gesellschaft verteidigen
- 20 Rechtsstaat statt Rechtsruck**
29. LSVD-Verbandstag

länder!

- 30 Mehr Akzeptanz**
LSVD zum IDAHOT
- 31 Hamburg & St. Petersburg**
Fünf Jahre Fachaustausch
- 32 Denkmal für Hirschfeld**
120 Jahre Emanzipation
- 33 Geflüchtete**
Beratung in Sachsen
- 33 Neues Gesicht**
Nilla Fischer für LSVD
- 34 Aktionsfond**
Unterstützung für Projekte
- 37 Aktiv in den Ländern**
LSVD-Adressen

bundesverband!

- 4 Fünf spannende Tage**
Ehe für alle kommt
- 5 Über 25 Jahre Kampf**
LSVD-Chronik zur Eheöffnung
- 12 Enttäuschung**
Nationaler Aktionsplan
- 13 Späte Gerechtigkeit?**
Opfer von §175 rehabilitiert
- 14 Ein Jahr ZDF**
Vielfalt im Fernsehen
- 15 Du + Ich = Wir**
Neue Kampagne
- 23 Masakhane**
Best Practice Projekt
- 23 Tschetschenien**
Staatliche Verfolgung
- 35 Lohnt sich!**
Mitglied werden
- 36 Für die CSDs**
Give-aways des LSVD
- 38 Was der LSVD macht!**
Gleiche Rechte, Vielfalt & Respekt



Impressum: respekt! • Zeitschrift für Lesben- und Schwulenpolitik • ISSN 1431-701X • Herausgegeben vom Lesben- und Schwulenverband (LSVD)

Redaktion: Markus Ulrich (Hauptverantwortlicher und V.i.S.d.P.), Günter Dworek, Axel Hochrein, Klaus Jetz •

Weitere Autor*innen dieser Ausgabe: Klaus Bischoff, Cosima Winifred Lambrecht, Gabriela Lünsmann, René Mertens, Stefanie Schmidt, Uta Schwenke, Jörg Steinert, Imke Thierfelder • **Grafik & Layout:** Franka Braun • **Titelfoto:** "Fireworks" von Kevin Jarrett. Lizenz: CC BY-SA 2.0. Bearbeitung: Franka Braun • **Druck:** Spree Druck Berlin GmbH • **Auflage:** 12.000 • **Redaktionsanschrift:** LSVD-Hauptstadtbüro, Altmstadtstr. 7, 10119 Berlin • **E-Mail:** presse@lsvd.de • **Internet:** www.lsvd.de, www.lsvd-blog.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. August 2015. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Tonmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge, Anzeigen und Werbebeilagen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Spendenkonto: LSVD, IBAN: DE30370205000007086800

Mitglieder des LSVD bekommen die respekt! automatisch zugeschickt. Die Eintrittskarte in den LSVD finden Sie auf Seite 35.

Eine Weidel macht doch keinen Sommer – die Homophobie der AfD

Alice Weidel ist die erste lesbische Spitzenkandidatin bei einer Bundestagswahl. Sie tritt für die AfD an. Wer nun denkt, die AfD kann also gar nicht homophob sein, der wird getäuscht. Denn gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt gehören nicht zur Leitkultur der AfD. Ob mit oder ohne Weidel – die AfD ist eine unberechenbare, radikale und zutiefst homophobe Partei.

Weidel beteuert freilich das Gegenteil: Die AfD sei zwar gegen die Eheöffnung, aber wolle bei der Eingetragenen Lebenspartnerschaft den Status quo erhalten. Davon steht im Wahl- oder Grundsatzprogramm der AfD freilich nichts.



Im AfD-Wahlprogramm kommt Homosexualität genau einmal vor - im Bildungskapitel. Da zeigt man sich besorgt über die „einseitige Hervorhebung von Homo- und Transsexualität im Unterricht“. Dadurch würden Kinder „zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit.“! Lesben und Schwule als Gefahr! Das soll nicht homophob sein?

In ihrer „Magdeburger Erklärung“ wird die AfD noch deutlicher. Lesbische und schwule Partnerschaften oder Regenbogenfamilien seien keinesfalls als gleichwertig anzusehen. Eine gute Erziehung könnten gleichgeschlechtliche Paare auch nicht gewährleisten. Nur die „traditionelle Familie“ gehöre zum „Kern der deutschen Leitkultur“. Die klare Hierarchie und Unterordnung muss auch staatlich durchgesetzt werden. Dass sich Weidel davon distanziert, auf ihre eigene Familie verweist, sich gar für einen parteiinternen Wandel einsetzen will – Fehlanzeige. Ist für sie vermutlich auch nicht homophob.

Ihre Parteikollegin Beatrix von Storch ist sicher auch eine ganz Nette. Dass diese den baden-württembergischen Bildungsplan als „Gift“ und „Gewalt“ bezeichnete und die einzigen großen Demonstrationen gegen LSBTI in Deutschland mitorganisiert (hat), ignorieren wir einfach. Macht Weidel ja auch. Dann können wir die regelmäßigen homophoben Ausfälle von AfD-Abgeordneten gleich mit vernachlässigen. Haben wir uns mal nicht so. Politische Korrektheit wird eh überbewertet. Findet Weidel übrigens auch.

Darum sollen Antidiskriminierungsgesetze laut AfD auch abgeschafft werden – „Vertragsabschlussfreiheit“. Dass einem schwulen Paar die Wohnung nicht vermietet wird, einer Lesbe die Bedienung im Café verweigert, das gehört halt zum „zentralen Grundwert einer freiheitlichen Zivilrechtsordnung“.

Seit ihrer Gründung radikalisiert sich die AfD unaufhaltsam. Im Wahlkampf setzt man auf Eskalation und Tabubruch. Diese Strategie wurde auch von Weidel abgesegnet. In einem Interview betonte sie, es sei nicht nötig, sich und die AfD von völkischen, rassistischen und antisemitischen Ideologien abzugrenzen. Daher hat sie Markus Frohnmeier von der noch radikaleren „Jungen Alternative“ zu ihrem Pressesprecher gemacht. Der pflegt Kontakte zu Burschenschaften und zur vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären Bewegung. Offensichtlich will Weidel auch eine Alternative für Rechtsextreme bleiben.

Die AfD ist und bleibt ein unberechenbares wie unheimliches Sammelbecken aus völkisch-nationalistischer und religiös-fundamentalistischer Ideologie. Eine Weidel macht da keinen Sommer. Ihre Kandidatur zeigt viel mehr: Wer seine eigene „Minderwertigkeit“ und den zugewiesenen Platz in der Hackordnung anerkennt, kann auch in einer homophoben Partei Karriere machen.

Wir sollten uns von ihr nicht blenden lassen. Genauso wenig wie die AfD wird Alice Weidel unsere Rechte verteidigen.

Markus Ulrich

Holterdiepolter aber alternativlos

Die fünf spannenden Tage zur Ehe-Öffnung

Ob die Kanzlerin sich einen Tag zu früh aus dem Fenster gelehnt hat oder ob sie gar das Unvermeidliche vor dem Wahlkampf abräumen wollte, werden wir wohl nie genau erfahren. Nach über einem Vierteljahrhundert Kampf und Diskussionen machte eine Äußerung Merkels die Ehe-Öffnung von einer Frage der Zeit zu einer von fünf Tagen.

Juni 2017

Mit den Grünen, der FDP und der SPD haben alle möglichen Koalitionspartner für die Union nach der Bundestagswahl verbindlich zugesagt, einer Regierungskoalition nur beizutreten, wenn die Ehe-Öffnung im Koalitionsvertrag steht. Dieses Versprechen hatte der LSVD auch in seinen Wahlprüfsteinen eingefordert. Mit diesen Zusagen wurde die Ehe für alle auch für Frau Merkel und die Union alternativlos.

Montag, 26. Juni 2017

Bei einer Talk-Runde „BRIGITTE-im Gespräch mit...“ fragt Ulli Köppe Angela Merkel, wann er seinen Freund heiraten dürfe. In einer ebenso langen wie verschurbelten Antwort spricht sie davon, „... dass es eher in eine Richtung Gewissensentscheidung gehen soll...“. Noch am Abend melden die Medien, dass die Union von ihrem „harten Nein“ zur Ehe-Öffnung abrückt.

Dienstag, 27. Juni 2017

Unumkehrbare Dynamik: Nach einer Vereinbarung der SPD-Spitze, unabhängig vom Koalitionspartner CDU/CSU versuchen zu wollen, noch in dieser Woche eine Entscheidung über die Ehe für alle herbeizuführen, äußert sich Kanzlerkandidat Martin Schulz dementsprechend. Zwar warnt Unionfraktionschef Volker Kauder vor einem Koalitionsbruch, doch Thomas Oppermann, sein Gegenüber von der SPD-Fraktion, kontert: „Wenn es eine Gewissensentscheidung ist, dann hat auch dieser Bundestag schon ein Gewissen.“ Die SPD kündigt an, noch am Freitag derselben Woche über den schon lange im Bundestag vorliegenden Gesetzentwurf des Bundesrates abstimmen zu lassen. Agenturen berichten, dass die CSU die Abstimmung für ihre Abgeordneten freigibt, kurze Zeit später wird selbiges auch aus der CDU-Fraktion vermeldet.

Mittwoch, 28. Juni 2017

Nachdem eine Beratung des Bundesratsentwurfs im Rechtsausschuss des Bundestages mit Stimmen von SPD und Union insgesamt 30 Mal vertagt wurde, empfiehlt das Gremium diesmal mehrheitlich, dass die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden soll. Damit steht

fest, dass zwei Tage später im Deutschen Bundestag über die Ehe-Öffnung abgestimmt werden soll.

Donnerstag, 29. Juni 2017

Das Medieninteresse ist riesig. Im LSVD-Hauptstadtbüro findet die erste internationale Pressekonferenz statt. Der LSVD schreibt alle Abgeordneten der Union an und bittet sie, ihrem Gewissen zu folgen und für die Liebe zu stimmen. Die Spannung wächst bis zum Abend ins Unerträgliche.

Freitag, 30. Juni 2017

Pünktlich um 8.00 Uhr eröffnet Bundestagspräsident Lammert die 244. Sitzung vor vollem Haus und voller Tribüne. Eine „ersichtliche Mehrheit“ stimmt für die geänderte Tagesordnung und ermöglicht eine Abstimmung über die Ehe-Öffnung. In der Debatte kommen neben den Fraktionsvorsitzenden Abgeordnete zur Wort. Nach namentlicher Abstimmung verkündet der Bundestagspräsident um 9.10 Uhr, dass der Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe mit 393 Ja-Stimmen, 226 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen und 7 nicht abgegebenen Stimmen die erforderliche Mehrheit erhalten hat. Alle Abgeordneten der SPD, der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen sowie 75 Abgeordnete der Union stimmten für die Öffnung der Ehe.

Deutschland hat für die Liebe gestimmt. Der LSVD feiert die Eheöffnung und einen historischen Tag! Nicht nur für Lesben und Schwule, sondern auch für eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft. Ob man in Deutschland heiraten darf oder nicht, darüber entscheidet zukünftig nicht mehr das Geschlecht, sondern Liebe, Zusammenhalt und das Versprechen, in guten wie in schlechten Zeiten füreinander da zu sein.



Axel Hochrein
LSVD-Bundesvorstand

Foto: privat

Ehe für Alle

30 Jahre Kampf



Ende der 1980er Volker Beck, Günter Dworek und Manfred Bruns veröffentlichen mehrere Papiere, in denen erstmalig in der Bundesrepublik die Schaffung eines Rechtsinstituts für gleichgeschlechtliche Paare gefordert wurde. Sie bewerteten das Eheverbot für Lesben und Schwule als eine schwerwiegende Diskriminierung und betonten die Wichtigkeit einer Anerkennung von lesbischen und schwulen Partnerschaften für die gesellschaftliche Akzeptanz und Emanzipation insgesamt.

1989 Dänemark führt als erstes Land weltweit die Eingetragene Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare ein.

1990 Der Schwulenverband in Deutschland SVD (heute LSVD) fordert in seinem ersten Grundsatzprogramm die Öffnung der Ehe.

Sommer 1991 Der SVD (heute LSVD) veröffentlicht zusammen mit den „Schwulen Juristen“ einen Gesetzentwurf über „die Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts“.

19.08.1992 Aktion Standesamt: 250 schwule und lesbische Paare beantragen bundesweit das Aufgebot zum Zwecke der Eheschließung.

14.05.1997 Erstmals findet im Rechtsausschuss des Bundestages eine offizielle Anhörung zur rechtlichen Anerkennung schwuler und lesbischer Lebensgemeinschaften statt. Manfred Bruns legt als Sachverständiger den SVD-Standpunkt dar.

27.09.1998 Bundestagswahl. Im Koalitionsvertrag der rot-grünen Regierung werden die Forderungen nach rechtlicher Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare und nach einem Antidiskriminierungsgesetz aufgenommen.

17.01.1999 Gemeinsam mit weiteren Verbänden organisiert der SVD Protestaktionen gegen ein Hirtenwort der katholischen Bischöfe. Darin wurde die Anerkennung homosexueller Lebensgemeinschaften als „schädlich für die Menschen“ und „zerstörerisch für die Gesellschaft“ bezeichnet.

30.03.1999 Mit dem Aufruf „Gleich viel Recht für gleich viel Liebe“ gibt der LSVD den Startschuss zur „Aktion JA-Wort“. Ziele sind die rechtliche Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare mit der Ehe sowie die volle gesellschaftliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen.

1999/2000 Der LSVD erhöht den Druck auf die Regierung. Gemeinsam mit sechs weiteren bundesweiten Verbänden, der Zeitschrift Queer und dem Internetmagazin Eurogay wird eine Postkarten- und Email-Aktion zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare gestartet.

04.07.2000 Der Druck auf die Regierungsparteien hat Erfolg: Die Fraktionen von SPD und Grünen beschließen jeweils einstimmig, einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft in den Bundestag einzubringen.

03.08.2000 Demonstration des LSVD vor der CDU-Parteizentrale in Berlin, die unter dem Motto „Ja zur Toleranz, Nein zur Ehe!“ eine Kampagne gegen die Eingetragene Lebenspartnerschaft starten will. Die Union beharrt zwar offiziell auf ihrem „Nein“ zur Lebenspartnerschaft, stellt ihre Öffentlichkeitskampagne aber bald darauf stillschweigend ein.

10.11.2000 Der Bundestag beschließt das Lebenspartnerschaftsgesetz. Zehn Jahre zäher Überzeugungsarbeit des LSVD haben sich gelohnt. Unserem Verband ist es

gelingen, die öffentliche Meinung auf seine Seite zu bringen.

21.12.2000 Als erstes Land der Welt öffnen die Niederlande die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Das entsprechende Gesetz tritt am 01.04.2001 in Kraft.

Sommer 2001 Der LSVD protestiert unter dem Motto „Im Namen des Volkes: Traut Euch!“ gegen die Verfassungsklagen von Bayern, Sachsen und Thüringen. Durch einen Eilantrag wollen sie verhindern, dass das Lebenspartnerschaftsgesetz am 1. August in Kraft tritt.

18.07.2001 Das BVerfG in Karlsruhe lehnt den Antrag auf eine einstweilige Anordnung gegen das Lebenspartnerschaftsgesetz ab: Grünes Licht für die Lebenspartnerschaft

01.08.2001 Das Lebenspartnerschaftsgesetz tritt in Kraft. Der LSVD gratuliert den ersten homosexuellen Paaren, die zum Standesamt gehen.

09.04.2002 Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht zur Verfassungsklage der Länder Bayern, Sachsen und Thüringen gegen die Eingetragene Lebenspartnerschaft. Das Bundesverfassungsgericht gibt auch dem LSVD offiziell Gelegenheit, in der Verhandlung Stellung zu nehmen - ein weiterer großer Schritt hin zur Normalität in unserem Land.

17.07.2002 Das Bundesverfassungsgericht stellt fest, dass das Lebenspartnerschaftsgesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist, und bestätigt unsere Auffassung, dass der besondere Schutz der Ehe in Art. 6 Abs. 1 GG den Gesetzgeber nicht hindert, für die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft Rechte und Pflichten vorzusehen, die denen der Ehe gleich oder nahe kommen.

Sommer 2004 Lobbyarbeit zum Ausbau des Lebenspartnerschaftsgesetzes und Beginn der Kampagne „Gleiche Rechte für gleiche Pflichten. Nur das ist fair!“

01.01.2005 Das Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts tritt in Kraft. Dadurch werden u.a. die Unterschiede zwischen Lebenspartnerschaft und Ehe im Zivilrecht beseitigt, die Stiefkindadoption von leiblichen Kindern des Partners oder der Partnerin zugelassen und die Lebenspartner bei der gesetzlichen Hinterbliebenenrente mit Ehegatten gleichgestellt.

13.06.2007 Der LSVD initiiert die Kampagne „Keine halben Sachen!“ zur steuerrechtlichen Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften

01.01.2009 Erfolg der Aktion „Keine halben Sachen!“. Das Gesetz zur Erbschaftsteuerreform tritt in Kraft und bringt eingetragenen Lebenspartnerschaften gleiche Freibeträge.

07.07.2009 Das Bundesverfassungsgericht trifft eine Grundsatzentscheidung zu Ehe, Familie und Lebenspartnerschaft und verhilft der Gleichstellung zum Durchbruch.

2011 Erst der Wahlsieg von Grün-Rot macht es auch im Südwesten möglich: 10 Jahre nach Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes beschließt Baden-Württemberg als letztes Bundesland, dass eingetragene Lebenspartnerschaften überall am Standesamt geschlossen werden können. Auch an vielen anderen Fronten führt der LSVD den Kampf gegen noch ausstehende Gleichstellungen in Bund und Ländern weiter. So gelingt z.B. 2011 endlich auch in Nordrhein-Westfalen die Gleichstellung im Landesbeamtenrecht. Auf Bundesebene mauert sich dagegen die schwarz-gelbe Regierungskoalition weiter ein.

30.07.2011 Der LSVD veranstaltet im Berliner Roten Rathaus die Konferenz „10 Jahre Lebenspartnerschaft – Reif für die Ehe“. Nach den überwiegend erfolgreichen juristischen Kämpfen um die Verbesserung der Lebenspartnerschaft wird nun die Eheforderung wieder stärker in den Vordergrund gerückt.

2012 Das Verfassungsgericht urteilt bei der Grunderwerbsteuer und dem Familienzuschlag zugunsten der Gleichstellung von Lebenspartnerschaften.

Februar 2013 Das Bundesverfassungsgericht beurteilt das für eingetragene Lebenspartnerschaften geltende Verbot der Co-Adoption eines adoptierten Kindes (Sukzessivadoption) als verfassungswidrig.

22.03.2013 Als erstes Verfassungsorgan votiert der Bundesrat für die Öffnung der Ehe. Am Tag der Abstimmung demonstriert der LSVD vor dem Bundesrat seine Unterstützung der Gesetzesinitiative der Länder Rheinland-Pfalz, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung ignoriert das Votum der Länderkammer.

06.06.2013 Das Bundesverfassungsgericht veröffentlicht sein Urteil zum Ehegatten-splitting für eingetragene Lebenspartnerschaften. Es verlangt die steuerrechtliche Gleichstellung und ordnet eine rückwirkende Änderung zum 1. August 2001 an. Der Gleichbehandlungsgrundsatz gilt für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von der sexuellen Identität.

Bundestagswahl 2013 Neben den Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl veröffentlicht der LSVD eine Gesamtübersicht, wie sich die Abgeordneten des Bundestages bei namentlichen Abstimmungen zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen verhalten haben. Es wird viel versprochen, auch in einer Podiumsrunde mit Spitzenpolitiker*innen unter dem Motto „Ehe für alle jetzt!“. Der LSVD pocht nach der Wahl auf Einhaltung der Versprechen und demonstriert am Ort der Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD lautstark für gleiche Rechte. Der schwarz-rote Koalitionsvertrag wird freilich eine Enttäuschung.

23.10.2013 Die Fraktion Die Linke bringt einen Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe in den Bundestag ein.

Mai 2014 Mit der Aktion „Grundgesetz statt Bauchgefühl“ protestiert der LSVD vor dem Bundeskanzleramt für eine Gleichstellung beim gemeinschaftlichen Adoptionsrecht.

Juni 2015 Nach der Volksabstimmung in Irland startet der LSVD zusammen mit Campact eine Online-Petition zur Öffnung der Ehe in Deutschland. Über 100.000 Menschen unterschreiben.

10.06.2015 Bündnis 90/Die Grünen bringen erneut einen Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe in den Bundestag ein.

25.09.2015 Der Bundesrat beschließt auf Initiative von Rheinland-Pfalz erneut einen Gesetzentwurf zur Ehe für alle.

28.09.2015 Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages zur Öffnung der Ehe. Als Sachverständiger nimmt LSVD-Sprecher Manfred Bruns teil

12.01.2017 Laut einer Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sind 83% der Bürger*innen für die Eheöffnung.

April 2017 Der LSVD verabschiedet seine Forderungen zur Bundestagswahl 2017. U.a. möchten wir von den Parteien wissen: Werden Sie einen Koalitionsvertrag nur dann unterzeichnen, wenn darin die Öffnung der Ehe enthalten ist?

17.06.2017 Auf ihrem Parteitag machen die Grünen die Ehe für alle zur Koalitionsbedingung.

24.06.2017 Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner erklärt ebenfalls: Ohne Ehe für alle keine Koalition.

25.06.2017 Der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz verpflichtet sich in seiner Rede beim SPD-Bundestag: „Ich werde keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem die Ehe für alle nicht verankert ist.“

26.06.2017 Kanzlerin Merkel rückt auf einer Podiumsdiskussion von ihrer Blockade bei der Ehe-Öffnung ab und schlägt die Freigabe der Abstimmung im Parlament als Gewissensfrage für die Abgeordneten vor.

27.06.2017 CDU und CSU heben den Fraktionszwang auf.

28.06.2017 Der Rechtsausschuss des Bundestages empfiehlt mehrheitlich, dass die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare auf Grundlage des Gesetzentwurfes des Bundesrats geöffnet werden soll.

30.06.2017 Abstimmung im Bundestag: 393 Abgeordnete stimmen für Gleichstellung, 226 dagegen und vier enthalten sich.

07.07.2017 Der Bundesrat gibt ebenfalls grünes Licht für die Ehe-Öffnung.



Fotos 1992-2010: LSVd; Fotos 2011ff: Caro Kadatz

LSVD-Forderungen zur Bundestagswahl 2017

Blockaden brechen – Respekt wählen!

Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte

**1. Ein respektvolles
gesellschaftliches Miteinander
und Akzeptanz im Alltag
verteidigen!**

**2. Endlich die Ehe öffnen und
für volle Anerkennung von
Regenbogenfamilien sorgen!**

**3. Diskriminierung gegen LSBTI
gesetzlich beseitigen!**

**4. Das Recht auf Respekt
in allen Lebensaltern
verwirklichen!**

**5. Eine geschlechter- und
diversitätsgerechte
Gesundheitsversorgung
sicherstellen!**

**6. Eine LSBTI inklusive
Flüchtlings- und
Integrationspolitik
umsetzen!**

**7. Menschenrechte von
LSBTI in der
Entwicklungszusammenarbeit
und Außenpolitik fördern!**

www.lsvd.de/btw2017

Die sieben LSVD-Forderungen zur Bundestagswahl 2017 sind den Parteien in Form von Wahlprüfsteinen zugegangen. Ihre Antworten werden auf www.lsvd.de/btw2017 veröffentlicht.



Blockaden brechen – Respekt wählen!

Sieben LSVD-Forderungen zur Bundestagswahl 2017

Eine freie Gesellschaft muss allen Menschen garantieren, jederzeit, an jedem Ort, ohne Angst und Anfeindung verschieden zu sein. Das muss selbstverständlich auch für Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) möglich sein. Politik und Gesellschaft sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass LSBTI auch im Alltag gleichberechtigt, offen und angstfrei leben können. Denn Diskriminierung und Ausgrenzung schaden nicht nur den Betroffenen, sondern auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer sich nicht sicher und akzeptiert fühlt, identifiziert sich auch weniger mit der Gesellschaft, in der er*sie lebt.

Ideologien der Ungleichwertigkeit, die Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit als alleinige Normen definieren, tabuisieren, werten ab und grenzen aus. LSBTI haben in den letzten Jahrzehnten viel an Akzeptanz und rechtlicher Anerkennung erkämpft und gewonnen. Dennoch werden sie im Alltag auch heute noch oft als Menschen zweiter Klasse behandelt, verleugnet, beleidigt, verbal oder gar physisch bedroht und angegriffen. Mit diffamierenden Kampfbegriffen und faktenfreien Kampagnen wird wieder Stimmung gemacht gegen LSBTI. Eine aktive Politik für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt wurde mit der letzten Regierung regelmäßig blockiert. Antifeministische Strömungen und religiös fundamentalistische Bewegungen verbinden sich mit homo- und transphoben Meinungen, die bis hinein in die „Mitte der Gesellschaft“ vertreten werden. In (a)sozialen Medien und den Kommentarspalten wird rhetorisch aufgerüstet. Insbesondere rechtspopulistische Politiker*innen machen Front gegen eine liberale und offene Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund verabschiedete der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) auf seinem 29. Verbandstag unter dem Motto „Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“ sieben Forderungen zur Bundestagswahl 2017.

- 1. Ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander und Akzeptanz im Alltag stärken!**
- 2. Endlich #EheFürAlle und volle Anerkennung von Regenbogenfamilien durchsetzen!**
- 3. Diskriminierung gegen LSBTI* gesetzlich beseitigen!**
- 4. Das Recht auf Respekt in allen Lebensaltern verwirklichen!**
- 5. Eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!**
- 6. Eine LSBTI inklusive Flüchtlings- und Integrationspolitik umsetzen!**
- 7. Menschenrechte von LSBTI in der Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik fördern!**

Unsere Forderungen sind den Parteien in Form von Wahlprüfsteinen zugegangen. Ihre Antworten werden wir auswerten und veröffentlichen.

Wer eine Politik für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt will, sollte nicht nur wählen gehen, sondern vor dem Kreuzmachen genau hinschauen. Der LSVD ruft alle dazu auf, ihre Stimme nur den Parteien und Personen zu geben, die für eine vollständige Gleichstellung von LSBTI eintreten: Blockaden brechen – #RespektWählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte.

*Markus Ulrich
LSVD-Pressesprecher*

Alles zur Bundestagswahl unter www.lsvd.de/btw2017

Die populistische Herausforderung

Kampfbegriffe gegen die offene Gesellschaft

Längst ist der Rechtspopulismus in Deutschland angekommen. Als bundesweites Phänomen im europäischen Vergleich durchaus mit einiger Verspätung, jedoch angekommen.

In politisch und gesellschaftlich turbulenten Zeiten bilden sich Parteien und Gruppierungen, die mit einer Anti-Haltung gegen Veränderung und gegen das politische und gesellschaftliche Establishment antreten. Rhetorik und Inszenierung der rechtspopulistischen Parteien zielen einzig darauf ab, Unzufriedenheit von Menschen aufzunehmen, Stimmungen anzuheizen und Feindbilder bereitzustellen. Sie bieten unterkomplexe Erklärungen an für (meist durchaus vorhandene) politische Probleme und gesellschaftliche Spannungen.

Das immerwährende Befeuern von Debatten und das negative Besetzen von Themen und Begriffen stellen Bürgerrechtsverbände vor Probleme. Einem einschlägigen Kampfbegriff wie „Frühsexualisierung“* kann nur mit einer Versachlichung der Diskussion begegnet werden. Und gerade diese Versachlichung ist wichtig. Denn Rechtspopulismus greift an, will gerade nicht vermitteln und bricht bewusst mit demokratischen Gepflogenheiten und Spielregeln. Er wendet sich bewusst gegen die, die in seinen Augen gesellschaftlich nicht dazugehören sollen.

Völkische Ideologie

Ihre Erklärung ist simpel: Sie sprechen von einem homogenen „Volk“. Dieses hat jedoch nichts mit der pluralistischen und komplexen Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen Schichten, Milieus und Interessen zu tun. Dieser Volksbegriff wird von Rechtspopulist*innen mit völkisch-konservativen Tugenden aufgeladen. Das ist ihr Identifikationsangebot. Die Zugehörigkeit zum „Volk“ stiftet Aufwertung, Selbstbewusstsein, Schutz. Das „Volk“ besteht aus „anständigen Bürgern“, dem „hart arbeitenden kleinen Mann“ und seiner Familie. Rechtspopulistische Parteien gerieren sich dann als Anwalt diesen „Volkes“. In der Opposition stehen all diejenigen, die nicht zu diesem „Volk“ gehören bzw. völkische Ideologien kritisieren.

Politik des Tabubruchs

Wer nicht dazugehört, wird gleich mitbestimmt. Rechtspopulistische Positionen werden durch Aufmerksamkeit, Wahlerfolge und eigene Medien salonfähig und wandern in den gesellschaftlichen Wortschatz. Mit weiteren Tabubrüchen, gezielten Eskalationen und neuen Provokationen sichern sich Rechtspopulist*innen anhaltende Aufmerksamkeit und untermauern ihren Status als Fundamental-Opposition. Eine radikale Agitation senkt letztlich auch die Hemmschwelle zur Gewalt. Eine brachiale Rhetorik ruft zu brachialen Taten auf.

Trotz der mitunter inhaltlichen Nähe zu konservativen Positionen etablierter Parteien liegt genau darin der große Unterschied. Eine rechtspopulistische Partei ist ein Sammelbecken. Sie bietet nicht nur ein Dach für nationalkonservative und wirtschaftsliberale Positionen, sondern auch für rechtsextreme Positionen. Hass und Gewalt gehören in diesen Parteien deswegen faktisch zum akzeptierten Umgang mit politischen Gegner*innen und Minderheiten. Sich diesem Denken zur Wehr zu setzen, wird die Arbeit von Bürgerrechtsverbänden wie dem LSVD in den nächsten Jahren mitprägen.



Stefanie Schmidt
LSVD-Bundesvorstand

Kampfbegriff

Ein Kampfbegriff verdichtet rechtspopulistische Weltbilder und deutet zugleich die Argumente des politischen Gegenübers um. Als einschlägiger Begriff soll er die politische Debatte prägen und sich mit seinen oft auch unbewussten Assoziationen im allgemeinen Sprachgebrauch verankern. Solch ein Kampfbegriff ist etwa „Frühsexualisierung“. Vor allem im rechten, religiös-fundamentalistischen und konservativen politischen Spektrum wird damit eine Pädagogik der Vielfalt diffamiert. In faktenfreien Kampagnen wird gegen eine angemessene und altersgerechte Thematisierung von gesellschaftlicher Vielfalt in Kindergarten und Schule Stimmung gemacht. Lesben und Schwule werden auf ihre Sexualität reduziert und dann als Gefahr für das Kindeswohl beschrieben. Darauf lässt sich entgegnen, dass es bezeichnend ist, wenn die Förderung eines demokratischen und angstfreien Miteinanders skandalisiert wird. Es gehört sehr wohl zum staatlichen Bildungsauftrag, ein angstfreies Lernumfeld für alle Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen. Außerdem finden es, laut einer repräsentativen Studie der Antidiskriminierungsstelle, 90% der Befragten gut, wenn Schulen Akzeptanz gegenüber homo- und bisexuellen Personen vermitteln.

Gegenhalten – freundlich aber bestimmt

Rechtspopulismus nicht auf den Leim gehen

Unter dem Titel „Dem Rechtspopulismus entgegentreten“ diskutierten am Vorabend des IDAHOT Expert*innen über Erfahrungen mit und Strategien gegen rechtspopulistische Tendenzen in der Gesellschaft. Es handelte sich um eine erste gemeinsame Veranstaltung des LSVD und der VHS Köln, der weitere Kooperationen folgen werden. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Carolina Brauckmann.

Axel Hochrein, LSVD-Bundesvorstand, und die Fachbereichsleiterin Politische Bildung der Volkshochschule Köln, Homaira Mansury, begrüßten die rund 60 Personen, die ins VHS-Forum am Neumarkt gekommen waren. Beide zeigten sich erfreut über die Kooperation, Mansury wies zudem auf weitere gemeinsame Veranstaltungen mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung rund um den diesjährigen CSD in Köln hin.

Gesellschaftliche Entthemung

Micha Schulze (queer.de) lobte eingangs die Bildung neuer Bündnisse, um gemeinsam dem Rechtspopulismus entgegentreten. Die Konzeption der Veranstaltung habe ihn überzeugt, deshalb sei er sehr gerne gekommen, auch wenn er eher die Rolle des Chronisten und jahrelangen Beobachters des Agierens rechtspopulistischer Akteure einnehme.

Stefanie Schmidt (LSVD-Bundesvorstand) und Carolin Hesidenz (NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln) sprachen von Gegenwind, Radikalisierung und Entthemung in der Gesellschaft, seitdem die AfD in den Parlamenten vertreten ist. Eine Diskursverschiebung habe stattgefunden, eine Zunahme der Gewalttaten gegen Geflüchtete und deren Einrichtungen sei festzustellen, und Homophobie und Antifeminismus seien im Alltag, etwa an Schulen, sehr viel präsenter als noch vor einigen Jahren.

Waqar Tariq vom Liberal-Islamischen Bund (LIB) hob hervor, dass es 2013 mit dem Positionspapier zum Thema Islam und Homosexualität gelungen sei, das Schweigen zu diesem Thema zu durchbrechen. Zwar gebe es kaum Akzeptanz bei anderen, konservativen Verbänden zu Positionen des LIB, doch das Bewusstsein für das Thema wurde gestärkt. Der LIB bekomme viele Anfragen von gläubigen LSBTI. Zum IDAHOT habe man eine positive Stellungnahme zur Eheöffnung veröffentlicht (<https://lib-ev.jimdo.com/>).

Micha Schulze sprach von der Angst vor einem roll back in der LSBTI-Community. Die Menschenrechtssituation in der arabischen Welt erzeuge Angst. Deshalb seien viele LSBTI anfällig für rechtspopulistische Thesen. Durchaus selbstkritisch betonte er, die eigene Berichterstattung zum Islam sei negativ, dies färbe ab. Es gelte, auch die Vielfalt des Islam und auch positive Bilder darzustellen.

Carolin Hesidenz betonte, rechtspopulistische Parteien wie Pro Köln hätten die Rechte von Homosexuellen thematisiert, um den Islam anzugreifen. Eine gängige Methode des Rechtspopulismus sei es, Gruppen und Minderheiten gegeneinander auszuspielen. Stefanie Schmidt sprach sich dafür aus, mit Geduld und Gelassenheit das Gespräch zu suchen und auf Augenhöhe selbstbewusst zu diskutieren. Man dürfe den Rechtspopulist*innen nicht auf den Leim gehen. Es gebe keine einfachen Lösungen für komplexe Themen.

Waqar Tariq hob die Rolle des islamischen Religionsunterrichts hervor. Hier sollten auch Liebe und Homosexualität thematisiert werden. Ziel müsse es sein, Menschen als mündige Gläubige zu erziehen und klar zu machen, dass die traditionellen Positionen nicht die einzig wahren sind. Micha Schulze betonte, dass es in allen Religionsgemeinschaften Bündnispartner*innen gebe, die es zu unterstützen gilt. Stefanie Schmidt meinte, es sei wichtig, diejenigen, die in den sozialen Medien den Rechtspopulist*innen widersprechen, zu unterstützen. Sie ermuntert dazu, entsprechende Kommentare zu posten, Gespräche mit Andersdenkenden zu führen und andere Positionen auch auszuhalten. Zudem könne bei Gelegenheit durchaus auch die persönliche Geschichte erzählt werden. Man könne deutlich machen, was jede und jeder davon habe, in einer offenen Gesellschaft zu leben. Das Gespräch sollte sachlich geführt und freundlich beendet werden. Gelassen und souverän eben.

Klaus Jetz
LSVD-Geschäftsführung



Foto: LSVD

Ein Aktionsplan, der seinen Namen nicht nennen darf

Starkes Forderungspapier aus der Zivilgesellschaft

Stell Dir vor, es gibt einen „Nationalen Aktionsplan“ und niemand in der „Nation“ bekommt davon etwas mit. Zumindest kaum jemand und vor allen nicht darüber, dass dieser Aktionsplan auch Homophobie und Transfeindlichkeit bekämpfen soll.

Denn der Presse hatte die Bundesregierung Mitte Juni 2017 nur die Vorstellung eines „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus“ angekündigt. Fehlte da nicht was? Ja, denn CDU, CSU und SPD hatten 2013 in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart:

„Wir werden den „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ um das Thema Homo- und Transphobie erweitern.“

Das Werk heißt nun mit vollem Namen etwas umständlich „Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus – Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen“. Bei genauer Lektüre findet sich darin doch das eine oder andere zu Homophobie und Transfeindlichkeit. Aber in den Titel durfte das nicht. Man könnte fast sagen, die Bundesregierung bedient sich hier der wohlbekannten Methode von Homophobie und Transfeindlichkeit, nämlich die Existenz von LSBTI erstmal unsichtbar zu machen.

Vage gehalten

Offenbar hat sich hier das Ton angegebende Innenministerium gegenüber dem mitfederführenden Familienministerium durchgesetzt. Wir erinnern uns, dass Thomas de Maizière immer beherzt einschreitet, wenn ein anderes Ministerium zum CSD eine Regenbogenfahne hissen will. Darüber, dass er als zuständiger Minister für die innere Sicherheit ebenso engagiert zur Hasskriminalität gegenüber LSBTI Stellung nehmen würde, ist dagegen nichts bekannt. Lieber verkündete er im März 2017 auf dem Parteitag der CDU Sachsen, Aufgabe sei es, Politik für die Mehrheit der Gesellschaft zu machen und nicht immer Minderheiteninteressen in den Blick zu nehmen. „Unser Bemühen muss den ‚Normalos‘ gelten“, sagte er wörtlich.

Insbesondere das Familienministerium hat sich aber bemüht, LSBTI-Themen im „Aktionsplan“ zu verankern. An ein paar Stellen ist das auch gelungen. So wird z.B. festgehalten: „Fragen der Emanzipation und Gleichstellung von LSBTI müssen in der Forschung einen angemessenen Stellenwert finden, ebenso die Problemkreise Homosexuellen- und Transfeindlichkeit sowie Diskriminierung.“

Es bleibt freilich vage. Das gilt auch für die weit umfänglicheren Kapitel zum Rassismus. Der „Aktionsplan“ ist eine ziemlich beschönigende Rückschau der Regierung und beinhaltet kaum konkrete Maßnahmen.

Forderungen der Zivilgesellschaft

Viel konkreter ist dagegen die Anlage zum Aktionsplan. Unter dem Motto „Menschenrechte schützen, Diskriminierung beseitigen“ ist ein zivilgesellschaftliches Forderungspapier beigefügt. Es ist aus einem gemeinsamen Arbeitsprozess zwischen dem „Netz gegen Rassismus“, dem LSVD und der Bundesvereinigung Trans* entstanden. Dieses Papier reiht Forderungen zur Bekämpfung von Rassismus, Homophobie und Transfeindlichkeit nicht einfach hintereinander, sondern bündelt sie und macht Gemeinsamkeiten deutlich. Es stellt zusammen, was notwendig wäre in der Gesetzgebung und der Prävention von Vorurteilen, beim Kampf gegen Hasskriminalität ebenso wie in den alltäglichen Lebenswelten, in Schule und Ausbildung, Jugend- und Familienarbeit und im Gesundheitswesen.

Es ist nicht zu unterschätzen, dass mit diesem Papier erstmals Forderungen der LSBTI*-Community in ihrer ganzen Breite und Vielfalt in einem Regierungsdokument wiedergegeben werden. Darauf kann man aufbauen. Zusammen mit den kleinen Ankerpunkten im Regierungstext kann das für die nächste Wahlperiode die Grundlage für einen Aktionsplan bilden, der diesen Namen auch verdient, der Klartext redet, in die Zukunft gerichtet ist und eine Strategie für respektvolles Zusammenleben in Vielfalt liefert.



Günter Dworek
LSVD-Bundesvorstand

Späte Gerechtigkeit?

Bedeutsamer Schritt mit bitterem Wermutstropfen

§ 175 zerstörte die Biographien von Generationen schwuler Männer. Sie mussten in Angst vor Entdeckung, Erpressung und Verfolgung leben. Viele flüchteten in Scheinehen, Doppelleben, Einsamkeit oder sogar in den Tod.

1871 aus dem preußischen Strafrecht ins Reichsstrafgesetzbuch übernommen bestand § 175 123 Jahre lang. 1935 haben ihn die Nationalsozialisten massiv verschärft. Bereits ein Kuss oder ein Blick in „wollüstiger Absicht“ konnten zur Verfolgung führen. Bis 1945 gab es ca. 50.000 Verurteilungen. Tausende wurden in Konzentrationslager verschleppt. Nur eine Minderheit überlebte den Terror der Lager.

In der Bundesrepublik galt § 175 in der nationalsozialistischen Fassung bis 1969 unverändert fort. Erneut wurden Zehntausende Opfer menschenrechtswidriger Verfolgung. Das wird bis heute gerne mit einem damals herrschenden „Zeitgeist“ entschuldigt. Damit macht man es sich zu leicht. Es gab politische Täter. Die Fortsetzung der Homosexuellen-Verfolgung war eine bewusste politische Entscheidung. Sowohl der Deutsche Juristentag als auch eine von Bundesregierung selbst eingesetzte „Große Strafrechtskommission“ hatten bereits in den 1950er Jahren empfohlen, Homosexualität unter Erwachsenen zu entkriminalisieren. Die Regierungen unter Bundeskanzler Adenauer (CDU) haben diese Empfehlungen eiskalt verworfen. Erst 1969 wurde § 175 reformiert, bis 1994 galten noch unterschiedliche Schutzaltersgrenzen für hetero- und homosexuelle Handlungen.

In der DDR kehrte man zu der Fassung von vor 1935 zurück. 1957 wurde § 175 für Handlungen unter Erwachsenen praktisch außer Kraft gesetzt. Ab 1968 galt eine gesonderte Jugendschutznorm in § 151 StGB, die 1987 vom Obersten Gericht der DDR aufgehoben, 1989 auch formal aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wurde.

LSVD-Forderung nach Rehabilitierung

Viele Jahre hat sich der LSVD für Rehabilitierung und Entschädigung eingesetzt. Während die Aufhebung der Urteile aus der NS-Zeit 2002 durchgesetzt werden konnte, wurde dieser Schritt für die Verurteilungen nach 1945 lange nicht vollzogen. Es wurden verfassungsrechtliche Bedenken vorgeschoben. Ein Rechtsgutachten im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle kam aber im Mai 2016 zu dem Ergebnis: Es ist verfassungsrechtlich nicht nur möglich, sondern sogar geboten, dass der Gesetzgeber die Verurteilten rehabilitiert. Daraufhin hat Bundesjustizminister Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Am 19. Juni 2017 hat der Bundestag nun die Rehabilitierung und eine Entschädigung beschlossen.



Nach langen Jahren der Ignoranz wird einem Teil der Opfer staatlicher Verfolgung ihre Würde zurückgegeben. Der Rechtsstaat hat seine Qualität bewiesen, Fehler auch korrigieren zu können. Aber leider gibt es zwei Wermutstropfen:

1. Die CDU/CSU hat in letzter Minute eine Einschränkung bei der Aufhebung der Urteile durchgeboxt, die angeblich dem Jugendschutz dienen soll, in Wahrheit aber neue Ungerechtigkeiten schafft. Selbstverständlich dürfen keine Urteile zu sexuellem Missbrauch aufgehoben werden. Das Gesetz führt aber rückwirkend erneut unterschiedliche Schutzaltersgrenzen zwischen Homo- und Heterosexualität ein. Man lässt also symbolisch einen Teil des § 175 StGB wiederauferstehen.

2. Die Entschädigung - 3.000 € je aufgehobenes Urteil, 1.500 € je angefangenes Jahr erlittener Freiheitsentziehung - ist viel zu gering. Bereits Ermittlungen nach § 175 brachten gesellschaftliche Ächtung, oft den Verlust des Arbeitsplatzes und der gesamten Karriere. Die Auswirkungen sind bis heute spürbar, so bei der Höhe der Rente. Das muss ausgeglichen werden.

Damit soll die historische Bedeutung des Bundestagsbeschlusses zur Rehabilitierung nicht in Abrede gestellt werden. Aber ganz zu Ende ist dieses Kapitel deutscher Unrechtsgeschichte leider immer noch nicht.

Günter Dworek
LSVD-Bundesvorstand

Mit dem Zweiten sieht man queer

Jenny Renner im ZDF-Fernsehrat



Jenny Renner, LSVD-Bundesvorstand und Mitglied im ZDF-Fernsehrat

Marlehn Thieme, Vorsitzende des ZDF-Fernsehrats:

„Der Fernsehrat ist nach seiner Neukonstituierung im Juli 2016 bunter und vielfältiger geworden. Er bildet die Lebensverhältnisse aller gesellschaftlichen Gruppen noch stärker als vorher ab, etwa durch Vertreter aus den Bereichen LSBTTIQ, Internet, Migranten und Musik. Er ist auch jünger und mit einem Frauenanteil von über 40% weiblicher geworden.“

Für die respekt wurde das Interview gekürzt. Die **ungekürzte Version** findet sich unter www.lsvd-blog.de/?p=14019

Eine LSVD-Kampagne fand 2015 viel Unterstützung und hatte letztlich Erfolg. Mit Jenny Renner, LSVD-Bundesvorstand und Sprecherin des LSVD Thüringen, gibt es seit Mai 2016 erstmalig eine Vertretung von LSBTTIQ im ZDF-Fernsehrat.

Liebe Jenny, seit einem Jahr vertrittst du LSBTTIQ im ZDF-Fernsehrat. Was machst du dort?

Ich arbeite im Plenum und in zwei Ausschüssen mit: Zum einen im Ausschuss Partnerprogramme (u.a. 3Sat, KIKA, ARTE) und zum anderen im Ausschuss Programmdirektion, wo es um alle Themen geht, die nicht die Nachrichten- und Sportformate betreffen.

Mir ist es sehr wichtig, mir im Kontakt mit den Menschen vor Ort ein Bild zu machen und auch persönlich Redaktionen und andere Medienmacher*innen für das Thema LSBTTIQ zu sensibilisieren. So konnte ich beispielsweise schon das ZDF-Landesstudio in Thüringen und den Kinderkanal besuchen.

Welche Möglichkeiten siehst Du, LSBTTIQ-Themen in das ZDF und/oder seinen Partnerprogrammen einzubringen?

Unsere Chance besteht darin, dass staatsvertraglich geregelt ist, mit welchem Fokus der öffentlich-rechtliche Rundfunk berichten soll – nämlich allumfassend und unter Darstellung der gesellschaftlichen Realitäten. Und genau hier ist mein wichtigster Anknüpfungspunkt. Denn selbstverständlich gehören LSBTTIQ in ihrer Vielfalt zu den erwähnten gesellschaftlichen Realitäten dazu. Sie müssen in den fiktionalen und nicht-fiktionalen Beiträgen des ZDF endlich mehr Sichtbarkeit erhalten.

Hast Du auch schon aus der Community Impulse oder auch Beschwerden bekommen?

Natürlich bekomme ich Hinweise und Programmbeschwerden aus der Community. Diese leite ich weiter und bleibe auch selbst

am Ball, was die Rückmeldungen der Sender betrifft. Besonders die Sprache und die Verwendung von Bildern sind immer wieder in der Kritik. Ich denke, hier ist grundsätzlich eine Sensibilisierung von Redaktionen notwendig.

Ich stell mir vor, dass Du bei Deiner Arbeit nicht immer mit offenen Armen empfangen wirst und Mitarbeitende der Redaktionen und Sender nicht immer offen für „Sichtbarkeit & Akzeptanz von LSBTTIQ“ sind?

Diesen Eindruck kann ich bisher in keiner Weise bestätigen. Es gibt natürlich auch Mitarbeitende, die selbst schwul oder lesbisch sind. Mein Eindruck ist aber bisher, dass es keine Rolle spielt und auch keine Rolle spielen sollte, ob jemand lesbisch, schwul, heterosexuell, trans* und/ oder intergeschlechtlich ist – die Qualität der Arbeit steht im Fokus, nichts anderes.

In diesem Zusammenhang prüft übrigens derzeit das ZDF, auf meinen Vorschlag hin, die Einführung und Erstellung eines Diversity-Konzeptes für den Bereich Personal. Denn 10 Jahre nach Einführung des AGG sollten gerade die öffentlich-rechtlichen Sender hier Vorbild sein.

Welche Herausforderungen hast Du Dir für 2017 vorgenommen?

Ich würde mich freuen, wenn das ZDF und seine Partnerprogramme ein internes Diversity-Konzept auf den Weg bringen. Außerdem gilt es, die Sender in ihrer Berichterstattung noch mehr für das Thema LSBTTIQ zu sensibilisieren. Sei es in der Art der Darstellung von LSBTTIQ in Beiträgen oder in der Aufnahme von queeren Charakteren bei fiktionalen Formaten. Was ich mir aber vor allem wünsche, ist mehr Beteiligung der Community mit ganz konkreten Vorschlägen, wie die Bandbreite von LSBTTIQ besser und wertschätzender dargestellt werden kann.

Vielen Dank und weiterhin viel Erfolg!

Du + Ich = Wir

Gemeinsam für eine offene Gesellschaft

Eine offene und freie Gesellschaft muss es allen Menschen garantieren, jederzeit, an jedem Ort, ohne Angst und Anfeindung verschieden zu sein. Darum hat der LSVD zusammen mit der Türkischen Gemeinde (TGD) und dem Liberal-Islamischen Bund (LIB) zum Internationalen Tag gegen Homo- und Transphobie eine gemeinsame Postkartenkampagne gestartet. Wir stehen zusammen. Gegen Diskriminierung, für Menschenrechte.

„Die TGD steht für eine offene und vielfältige Gesellschaft. Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe dürfen dabei keine bloßen Lippenbekenntnisse bleiben, sondern müssen aktiv gelebt werden. Die Kampagne betont dabei unsere Gemeinsamkeiten mit dem Lesben- und Schwulenverband (LSVD) und dem Liberal islamischen Bund (LIB) im Kampf gegen Homophobie und Rassismus. Wir lassen uns durch rechtspopulistische Kräfte nicht gegeneinander ausspielen. Demokratie braucht Vielfalt.“

Gökay Sofuoğlu

Bundvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland

„Ich freue mich sehr über die gemeinsame Kampagne von LSVD, TGD und LIB. Denn damit senden wir ein starkes Signal, und das auf mehreren Ebenen: in unsere jeweils eigenen Communities, aber auch an die gesamte Gesellschaft. Denn nur gemeinsam können wir diskriminierenden Praktiken etwas entgegensetzen. Unabhängig davon, von welcher Minderheit wir sprechen, ihre Diskriminierung folgt denselben Prinzipien und Strukturen. Daher ist das gesellschaftliche „Wir“, für das wir werben, so wichtig - gerade in Zeiten, in denen Angst und Abneigung vor dem „Anderen“, dem „Fremden“ wieder verstärkt zum Mittel der Politik zu werden scheinen.“

Nushin Atmaca

Erste Vorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes

„Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – dafür steht der LSVD ein. Der LSVD freut sich daher sehr über die Zusammenarbeit mit der Türkischen Gemeinde und dem Liberal-Islamischen Bund. In unserer gemeinsamen Kampagne „Du+Ich=Wir“ machen wir deutlich, welche Werte und Ziele uns verbinden. Es sind Offenheit und Menschenrechte, die für uns eine lebenswerte und demokratische Gesellschaft ausmachen. So wollen wir miteinander leben, dafür treten wir gemeinsam ein. Wir sind vielfältig, wir halten zusammen.“

Henny Engels

LSVD-Bundesvorstand



Gökay Sofuoğlu, Nushin Atmaca und LSVD-Bundesvorstand Helmut Metzner auf dem Aktionstag der Antidiskriminierungsstelle zum IDAHOT 2017

Sana Saygı duyulmasını
mı istiyorsun?

Ben de.

Du willst Respekt?
Ich auch.

Regenbogenfamilien bewegen!

Fachtagung in Berlin



Moderatorin **Stephanie Gerlach** und Staatssekretär **Dr. Ralf Kleindiek**



Über 100 Fachkräfte nahmen teil



Zeit zum Austausch und Vernetzen



LSVD-Bundesvorstand **Gabriela Lünsmann**

Eltern stehen nicht selten vor Herausforderungen, die ohne eine kompetente und unterstützende Beratung schwer zu meistern sind. Das trifft auf Regenbogenfamilien ebenso zu wie auf alle anderen Familienformen. Doch bisher nutzen lesbische Mütter, schwule Väter und/oder Trans*Eltern lokale Familien- und Erziehungsberatungsstellen selten, weil sie befürchten, auf Unwissen und Vorurteile zu stoßen.

Mitglieder von Regenbogenfamilien sollen wohnortnah fachkundigen Rat erhalten und sich willkommen fühlen können – das ist das Ziel des LSVD-Modellprojekts „Beratungskompetenz für Regenbogenfamilien“. Seit Sommer 2016 bietet das vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) geförderte Projekt bundesweit Fortbildungen für Fachkräfte aus Beratungseinrichtungen an.

Auf der Fachtagung „Regenbogenfamilien bewegen! Beratung zukunfts-trächtig gestalten.“ bot sich am 09. Mai 2017 dann die Gelegenheit, zentrale Themen intensiver zu beleuchten. Über 100 Fachkräfte aus der Familien-, Erziehungs-, Schwangerschafts- und Paarberatung informierten sich, tauschten sich aus und diskutierten in Vorträgen, Foren und Podien.

„Der Regenbogen ist ein schönes und treffendes Bild dafür, wie bunt und vielfältig Familien sind.“ Mit diesen Worten begrüßte die Schirmherrin Bundesfamilienministerien Manuela Schwesig in ihrer Videobotschaft die Teilnehmenden. Sie dankte den Projektmitarbeiterinnen Elke Jansen und Kornelia Jansen für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Gemeinsames Ziel sei eine alltägliche Selbstverständlichkeit und rechtliche Anerkennung familiärer Vielfalt.

Nach einem Überblick über die Unterschiede in der rechtlichen Anerkennung und Gleichstellung von Regenbogenfamilien in Europa durch

Björn Sieverding (Mitglied im Vorstand des Network of European LGBTIQ* Families Association / NELFA), diskutierten junge Erwachsene aus Regenbogenfamilien mit Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesfamilienministerium. Der betonte, dass eine unterschiedliche Behandlung von Familien ein klarer Rechtsverstoß sei, der durch Öffnung der Ehe abgestellt werden müsse. Er hoffe, dass die Bundeskanzlerin sich in dieser Frage bewege und Einsicht zeige. Innerhalb der Bundesregierung habe das Familienministerium (BMFSFJ) durch die Einrichtung des Referates für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität für mehr Sichtbarkeit von LSBTI gesorgt.

Wie sieht die Lebensrealität von Regenbogenfamilien aus? Für Malte waren es nicht so sehr die rechtlichen Unterschiede, die ihn als Kind tangierten. Im Normalfall bekomme man die als Kind ja nicht mit, es sei denn, es passiere was Schlimmes. Man bekomme aber mit, was die Gesellschaft so alles auf einen projiziere, welche Vorstellungen und Vorurteile mit einer Regenbogenfamilie verbunden sind. Theresa beklagt, dass man noch immer nicht überall als Familie angesehen werde oder auf Vorurteile stoße. So habe sie schon erlebt, dass ihre Mütter an der Kasse im Freibad wegen des Familienrabatts diskutieren mussten. Für Lena ist klar: Diejenigen, die Vorbehalte hätten, müssten nur einige Stunden mit Regenbogenfamilien verbringen, um festzustellen, wie unspektakulär es eigentlich ist, in einer Regenbogenfamilie zu leben.

In ihrem Referat zeigte die Münchener Soziologin Dr. Imke Schminke, wie das Thema Regenbogenfamilien von fundamentalistischer Seite in deren rechtspopulistischem Diskurs instrumentalisiert wird und welche Motivation dahinter steckt. Rechtskonservative Kreisen und die Neue Rechte richten sich gegen gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare oder Regenbogenfamilien, gegen Gender Mainstreaming, die Thematisierung sexu-

eller Vielfalt und eine Pädagogik der Vielfalt. Ganz vorn mit dabei: Der Verein „Bündnis Familienschutz“ mit Aktionen wie „Rettet die Familie“. Organisiert wurden der Verein und seine Proteste von der AfD-Politikerin Beatrix von Storch und Hedwig von Beverfoerde sowie von einer sog. „Elternaktion Bayern“ als Tarnorganisation der „Demo für alle“. Dort wirkte auch die in Talkshows gern eingeladene Publizistin Birgit Kelle mit.

Die Argumentationsmuster der Gegner*innen der Bildungspläne drehten sich immer um das durch angebliche Sexualisierung bedrohte Kind. Überhaupt werde Sexualität als eine Bedrohung von außen dargestellt. Das Bild der Familie als Abstammungsgemeinschaft mache die rechtskonservativen Eiferer anschlussfähig an völkische Gruppierungen. Kinderrechte würden verengt auf das Recht auf Vater und Mutter und das Abstammungsrecht, während die eigentlichen Kinderrechte aber ausgeblendet würden. Dennoch nehmen die Rechtspopulist*innen Bezug auf das Kindeswohl und instrumentalisieren dieses für ihre rhetorischen Strategien. Personen in der Familien- oder Jugendberatung sollten darauf hinweisen, dass es sich um unseriöse und antiaufklärerische Positionen und Inhalte handelt. Es empfehle sich, alternative Familienformen zu verteidigen und die wirklich in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Kinderrechte zu thematisieren, in der Beratungsarbeit korrekt und realitätsnah aufzuklären und entsprechende Argumentationshilfen zu nutzen.

In vier parallelen Workshops informierten verschiedene Fachkräfte zu unterschiedlichen beratungsrelevanten Themen: LSVD-Bundesvorstand Gabriela Lünsmann berichtete über die rechtliche Situation von Regenbogenfamilien und Dr. Claudia Krell gemeinsam mit Arnd Bächler zu den Schwierigkeiten eines Coming-outs, sei es als Kind, Jugendlicher oder Erwachsener mit oder ohne eigene Kinder. Prof. Udo Rauchfleisch ging in seinem Panel auf die besondere Situation von transidenten Eltern und Kindern ein. Pia Bergold und Dr. Andrea Buschner ging es um die Herausforderungen und Chancen im Familienalltag bei multipler Elternschaft.

Bewusste Familienplanung gehört heute zum Lebensentwurf vieler Lesben, Schwuler, Bisexueller und Trans*Personen. Mit viel Kreativität und häufig auch gegen Widerstände verwirklichen sie ihren Kinderwunsch. Denn bei Familiengründung und Kinderwünscherfüllung gibt es nach wie vor für sie zahlreiche Hürden und Herausforderungen – ob im Recht, in der Medizin oder in der Gesellschaft. Wie kann und sollte aber nun eine zukünftige Familienpolitik auch dem Kinderwunsch von LSBT* Eltern gerecht werden? Dieser Frage ging die von LSVD-Bundesvorstand Gabriela Lünsmann moderierte Podiumsdiskussion „Gleichgeschlechtliche Paare und Reproduktionsmedizin – Familiengründung zwischen Tabu und Hoffnung“ nach.

Prof. Nina Dethloff (Institut für Deutsches, Europäisches & Internationales Familienrecht an der Universität Bonn), Constanze Körner (Leiterin des Regenbogenfamilienzentrums des LSVD Berlin-Brandenburg), Prof. i.R. Ulrike Schmauch (Frankfurt University of Applied Sciences und LSVD-Bundesvorstand) und Dr. Petra Thorn (Vorstand Deutsche Gesellschaft für Kinderwunschberatung und Arbeitskreis Donogener Insemination) diskutierten über fehlende Zugänge zu Reproduktionstechnologien, ethische Grenzen, gesellschaftliche Erwartungen und ihre „Nebenwirkungen“ sowie notwendige juristischen Absicherungen unterschiedlichster Familienkonstellationen gerade auch zum Schutz des Kindeswohles. Abschließend stellte Gabriela Lünsmann fest, dass die Öffnung der Ehe ein wichtiger Schritt für Regenbogenfamilien sei, aber erst eine Modernisierung des Familienrechts, die Absicherung der Kinder in den verschiedenen Familienkonstellationen nachhaltig verbessern könne.

*Markus Ulrich
LSVD-Pressesprecher*

Der Artikel ist eine Zusammenfassung mehrerer Artikel im LSVD-bLOG (www.lsvd-blog.de/?tag=fachtagung-regenbogenfamilien). Eine ausführliche Tagungsdokumentation ist für Oktober 2017 geplant.



Jugendliche aus Regenbogenfamilien berichten



Podiumsdiskussion zur Reproduktionsmedizin



Workshops zu vier Themen



Elke Jansen und Kornelia Jansen leiten das Modellprojekt



Björn Sieverding von NELFA

Fotos: Caro Kalatz

Regenbogenfamilien im Recht

Der LSVD beschließt auf dem Verbandstag 2017 nach langer Diskussion Positionspapier zum Reformbedarf im Familienrecht

Der LSVD hat auf den letzten drei Verbandstagen intensiv und engagiert über das Thema Regenbogenfamilien diskutiert und sich im Rahmen von Arbeitsgruppen, Workshops und einem Online-Beteiligungsverfahren mit den verschiedenen Positionen auseinandergesetzt. Im April 2017 wurde auf dem Verbandstag in Berlin ein umfassendes Positionspapier verabschiedet, das allen LSBT*IQ Familienformen Rechnung trägt, Reformbedarfe benennt und auch zu Zukunftsfragen Stellung bezieht.

Bewusste Familienplanung gehört heute zum Lebensentwurf vieler Lesben, Schwuler, Bisexueller und Trans*Personen. Nach repräsentativen Umfragen haben gut 36% der schwulen Männer und gut 41% der lesbischen Frauen einen Kinderwunsch, den sie oft mit viel Kreativität und häufig auch gegen Widerstände verwirklichen.

Öffnung der Ehe und gemeinsames Adoptionsrecht

Deshalb bedarf es rechtlicher Gleichstellung und der Weiterentwicklung des Familienrechts. Inzwischen gibt es mit der Eheöffnung auch das gemeinsame Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.

Der LSVD hat für Regenbogenfamilien in den vergangenen Jahren zunehmende Anerkennung erkämpfen können, doch noch immer stoßen sie im Alltag auf Ignoranz oder Vorbehalte. Das Ziel ist eine Gesellschaft, in der Regenbogenfamilien in ihren vielfältigen Konstellationen als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität respektiert und anerkannt werden.

Zwei-Mütter-Familien

Die größte Zahl der Regenbogenfamilien macht die Zwei-Mütter-Familie aus; diese Familienform ist noch immer bestimmt durch das Erfordernis der Stiefkindadoption. Die Lebenspartnerin der leiblichen Mutter erlangt ihre rechtliche Elternstellung nicht mit der Geburt des Kindes, sondern erst durch das langwierige und oft entwürdigende Verfahren der Stiefkindadoption. Wenn die Kinder von Lebenspartnerinnen als Wunschkind in deren Partnerschaften hineingeboren werden, müssen beide Mütter endlich von Geburt an gleichberechtigte rechtliche Eltern ihres Kindes sein können.

Der LSVD fordert daher: Entschließen sich zwei Frauen, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, gemeinsam eine Familie zu gründen, so sollen die Gebärende und ihre Lebenspartnerin von Geburt an automatisch rechtliche Eltern des Kindes sein.

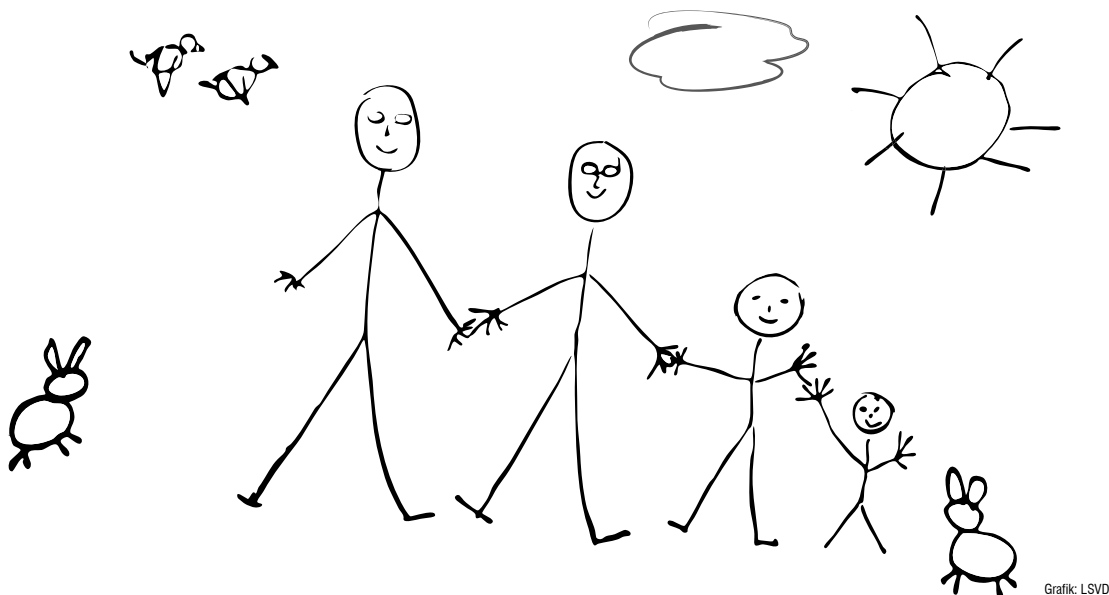
Lebt das Paar nicht in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, so soll - analog der Vaterschaftsanerkennung und Sorgerechtsklärung bei verschiedengeschlechtlichen Paaren - auch für Zwei-Mütter-Familien eine entsprechende Regelung für den Fall geschaffen werden, dass eine Einverständniserklärung des biologischen Vaters vorliegt. Wurde die Frau mit Hilfe einer Spermienpende im Rahmen einer reproduktionsmedizinischen Behandlung schwanger, so soll das Einverständnis des Spenders als gegeben gelten.

Zwei-Väter-Ursprungsfamilie

Wie bei Mehreltern-Familien sollen Elternschaftsvereinbarungen vor der Zeugung auch dann rechtsverbindlich sein, wenn der Vater und sein Lebenspartner die rechtlichen Eltern werden sollen und die leibliche Mutter auf die Verwandtschaftsbeziehung zum Kind verzichtet. In diesem Fall soll der Lebenspartner des leiblichen Vaters von Geburt an rechtlicher Vater sein können, ohne dass es einer Stiefkindadoption bedarf.

Es braucht klare Regelungen für Kinder, die aus ausländischen Leihmutterchaften mit deutschen Vätern hervorgehen, damit den Kindern keine rechtlichen Nachteile entstehen. Rechtspolitisch steht das derzeitige Verbot der Leihmutterchaft in Deutschland im Spannungsfeld zwischen dem Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper einerseits und andererseits dem Ziel, einer Kommerzialisierung des Körpers entgegenzutreten. Tatsächlich führt das Verbot der Leihmutterchaft in Deutschland zu einem Leihmutterchaft-Tourismus. Mit dem Totalverbot nimmt sich Deutschland zudem die Möglichkeit, Einfluss auf Rahmenbedingungen in Europa zu nehmen.

Der LSVD spricht sich für die Zulassung der altruistischen Leihmutterchaft und für die Möglichkeit aus, die Rahmenbedingungen in einer Kinderwunschvereinbarung rechtsverbindlich zu regeln.



Grafik: LSVD

Mehreltern-Familien und Elternschaftsvereinbarung

In Mehreltern-Regenbogenfamilien sind es bis zu vier Personen, die sich schon vor der Zeugung bereit erklären, gemeinsam Verantwortung für das Kind zu übernehmen. Sie schaffen damit den Rahmen für die Entstehung und das Aufwachsen eines Kindes. Es liegt in dessen Wohl, diese Personen auch an die übernommene Verantwortung zu binden und für alle Elternteile einen verbindlichen rechtlichen Rahmen zu schaffen, in dem sie der übernommenen Verantwortung gerecht werden können. Dies ist nach dem geltenden Familienrecht nicht möglich.

Die derzeitige Situation, in der entweder der leibliche Vater und dessen Partner oder die Partnerin der leiblichen Mutter nahezu rechtlos gestellt werden müssen, erschwert die Gründung von Regenbogenfamilien und kann in bestehenden Regenbogenfamilien mit mehr als zwei sozialen Elternteilen zu Konflikten und Kompetenzstreitigkeiten führen.

Der LSVD fordert deshalb, dass ein Rechtsrahmen geschaffen wird, der es den Beteiligten einer Regenbogenfamilie ermöglicht, rechtsverbindliche Vereinbarungen vor der Zeugung zu treffen.

Pflegefamilien

In Deutschland leben mehrere zehntausend Kinder, welche nicht bei ihren leiblichen Eltern aufwachsen können. Diese Kinder haben die Möglichkeit in einer Pflegefamilie aufzuwachsen. Das kann eine temporäre Lösung sein, aber oftmals ist dieses eine dauerhafte Lösung. Unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung bzw. Identität bieten Menschen diesen Pflegekindern eine stabile, verlässliche, strukturierte und reflektierte Umgebung. Bei der Suche nach Pflegefamilien sollen gleichgeschlechtliche Paare berücksichtigt werden. Das geschieht heute bei vielen Jugendämtern. Es gibt aber noch immer Jugendämter, die gleichgeschlechtliche Pflegeeltern ablehnen oder ihnen mit Vorurteilen begegnen.

Der LSVD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass Pflegepersonen und Pflegefamilien unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung bzw. geschlechtlicher Identität in Betracht gezogen werden.

Trans*- und intergeschlechtliche Elternschaft

Für trans*- und intergeschlechtliche Eltern besteht Reformbedarf bzgl. der Vorschriften zur Klärung der abstammungsrechtlichen Elternschaft. Personen mit einer personenstandsrechtlichen Änderung nach dem Transsexuellengesetz (TSG), die nach der verfassungsgerichtlichen Aufhebung des Sterilisationsgebots nunmehr Kinder gebären oder zeugen können, werden ebenfalls nicht angemessen erfasst.

Grundlage der Reform der rechtlichen Regelungen für trans*- und intergeschlechtliche Menschen muss die Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts der betroffenen Menschen in jeder Lebenssituation sein.

Der LSVD fordert deshalb, dass Deutschland die Antragslösung übernimmt und für die Änderung des Vornamens und des rechtlichen Geschlechts der bloße Antrag der Betroffenen beim Standesamt ausreicht.

Das Positionspapier widmet sich darüber hinaus den Fragen des gleichberechtigten Zugangs zu Assistierter Reproduktion, zu Eizellspende und zu Embryospende/-adoption und fordert, dass diesbezügliche Fragen grundsätzlich unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung bzw. geschlechtlicher Identität geregelt werden.

Der LSVD wird sich auf der Grundlage des nunmehr verabschiedeten Positionspapiers in die nationale und internationale bereits intensiv geführte Reformdiskussion zum Familienrecht aktiv einmischen.

Die vollständige Fassung des LSVD Positionspapiers zu Regenbogenfamilien im Recht ist zu finden unter:
www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Verbandstage/VT-2017/2017_LSVD-Positionspapier_Regenbogenfamilien_im_Recht.pdf



Foto: privat

Gabriela Lünsmann
LSVD-Bundesvorstand



Videobotschaft von **Ulrike Lunacek** (Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Präsidentin der LGBTI-Intergroup)

Fotos: Caro Kadatz

„Mehr Rechtsstaat statt Rechtsruck“

Der 29. LSVD-Verbandstag





Bundestagswahlen, Rechtspopulismus und Regenbogenfamilien – das waren die Schwerpunkte des 29. LSVD-Verbandstags am ersten Aprilwochenende in Berlin. Unter dem Motto „Mehr Rechtsstaat statt Rechtsruck“ wurde beraten, diskutiert, gelacht und entschieden. Neben den sieben Forderungen zur Bundestagswahl 2017 und der Verabschiedung des LSVD-Positionspapiers „Regenbogenfamilien im Recht“ ging es auch um kommende Herausforderungen durch immer lauter und stärker werdende rechtspopulistische Parteien. In einem Panel „Zum Umgang mit Rechtspopulismus in Deutschland und Europa“ diskutierten die österreichische Journalistin Ingrid Brodnig sowie Judith Rahner von der Amadeu-Antonio-Stiftung mit LSVD-Bundesvorstand Axel Hochrein über mögliche Gegenstrategien gegen eine rhetorisch und medial sehr gut geschulte und international bestens vernetzte rechtspopulistische Bewegung. Dagegen gilt es sich zu wappnen.

Mit einem Grußwort eröffnete der Berliner Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung Dirk Behrendt den Verbandstag. Die EU-Vizepräsidentin Ulrike Lunacek schickte eine Videobotschaft. Beeindruckend auch die Lesung von Janis McDavid. In seinem Buch „Dein bestes Leben – Vom Mut, über sich hinauszuwachsen“ erzählt er neben seinem Coming-out spannende Episoden, die seine Botschaft unterstreichen: „Ich kann viel mehr, wenn ihr mich nicht behindert!“.

In seiner Rede zur aktuellen Lage knöpfte sich LSVD-Bundesvorstand Günter Dworek unter anderem die Hetzpropanda gegen eine Pädagogik der Vielfalt vor: „Wer Respektarbeit zu LSBTI und das Thematisieren aller Familienformen aus der Schule verbannen will, der betreibt gegenüber LSBTI-Kindern und -Jugendlichen und gegenüber Kindern aus Regenbogenfamilien ein brutales Programm der Frühschikanierung.“



Dirk Behrendt (Berliner Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung)



Günter Dworek (LSVD-Bundesvorstand)



Foto: Caro Kadatz

1. Reihe: LSVD-Vorstand Axel Hochrein diskutierte mit Judith Rahner (Amadeu-Antonio-Stiftung) und der österreichischen Journalistin Ingrid Brodnig zum Umgang mit Rechtspopulismus in Deutschland und in Europa. 2. Reihe: Toller Abschluss des ersten Tages: Janis McDavid stellte sein Buch „Dein bestes Leben“ vor. 3. Reihe: Der neue Bundesvorstand des LSVD und Abschied von Axel Blumenthal.

Turnusgemäß standen beim 29. Verbandstag auch die Wahlen zum Bundesvorstand an. Mit bewegenden Worten, standing ovations und einem neuen Drachenbaum verabschiedete sich Axel Blumenthal nach 15 Jahren aus dem Bundesvorstand. Wie Robert Hecklau konnte er sich aus beruflichen Gründen nicht länger im Vorstand einbringen.

Neu gewählt wurde zum einen Jenny Renner vom LSVD Thüringen, die LSBTI bereits im ZDF-Fernsehrat vertritt, zum anderen Ulrike Schmauch, Professorin an der Frankfurt University of Applied Sciences und bereits im Fachbeirat des LSVD-Modellprojekts „Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien“. Im Amt bestätigt wurden Axel Hochrein, Gabriela Lünsmann, Helmut Metzner, Inken Renner und Uta Schwenke. Weiterhin gehören Imke Duplitzer, Günter Dworek, Henny Engels, Benjamin Rottmann, Stefanie Schmidt und Sandro Wiggerich dem 13köpfigen Gremium an. Sie wurden 2016 für eine zweijährige Amtszeit gewählt.

Markus Ulrich, LSVD-Pressesprecher

Ausführliche Berichte unter: www.lsvd-blog.de/?tag=vt2017

Masakhane

Best Practice Projekt

Das größte jemals vom Bundesministerium für Entwicklung geförderte Projekt im Bereich LSBTI-Menschenrechte ist Masakhane. Das Zulu-Wort lässt sich ins Deutsche übersetzen mit „Kommt, lasst uns gemeinsam stärker werden“. Initiiert vom LSVD und umgesetzt von der Coalition of African Lesbians (CAL) als Projektpartnerin vor Ort sowie dem LSVD und filia.die frauenstiftung von deutscher Seite. Seit 2013 wird im Rahmen von Masakhane eine bessere Vernetzung, das „Capacity Building“ und die Selbstermächtigung von Lesben, bisexuellen Frauen und Trans* in Subsahara-Afrika vorangetrieben. Das Projekt läuft noch bis Ende 2017 und wird für den LSVD von Bundesvorstand Uta Schwenke ehrenamtlich betreut.

Alle Menschen haben das Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Schutz der Privatsphäre sowie sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung. Für diese Rechte kämpft Masakhane. Im Masakhane-Projekt arbeiten acht Mitgliedsorganisationen von CAL in Botswana, Namibia, Sambia und Simbabwe. Sie setzen sich gemeinsam für Veränderungen in der Gesellschaft und die universelle Einhaltung der Menschenrechte, unabhängig von der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, ein.

Gerade wurde Masakhane als ein Best Practice Projekt in der Broschüre „Mehr als Alles. Der Beitrag von Religionsgemeinschaften und Menschenrechtsorganisationen zu nachhaltiger Entwicklung“ von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) vorgestellt.



Uta Schwenke (2.v.l.) und Sonja Schelper (filia, 3.v.r.) mit dem Team von CAL

In einer Broschüre des Global Philanthropy Projects gilt Masakhane ebenfalls als ein Beispiel für erfolgreiche Partnerschaften zwischen globalem Norden und dem globalem Süden.

Und es geht weiter. Es gibt noch viel zu tun, bis sich die Forderung von CAL nach „Autonomy over our bodies and lives“ auch für Lesben und Trans* erfüllt, überall auf der Welt.

*Uta Schwenke
LSVD-Bundesvorstand*

Jagd auf Homosexuelle

Verfolgung in Tschetschenien

Brutal und staatlich organisiert – Anfang April erschienen erste Berichte in der russischen Nowaja Gaseta über eine grausame Verfolgungswelle in der autonomen russischen Teilrepublik Tschetschenien. Demnach wurden mehr als 100 Männer von staatlichen Milizen in Geheimgefängnisse verschleppt und gefoltert. Bislang weiß man von drei namentlich bekannten ermordeten Männern. Dank unseres Partners, dem Russian LGBT Network, gelang einigen die Flucht nach Moskau. Ihre Berichte zeugen von einer neuen Dimension an grausamen Menschenrechtsverletzungen im Regime von Machthaber Kadyrow.

Unmittelbar nach den ersten Meldungen haben wir Kanzlerin Merkel, Außenminister Gabriel, die Menschenrechtsbeauftragte Kofler sowie den Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses Zimmer gebeten, gegenüber der russischen Regierung aktiv zu werden. Merkel und Gabriel haben inzwischen auch öffentlich die Einhaltung der Menschenrechte von Homosexuellen angemahnt. Die deutsche Botschaft in Moskau steht laut Regierungsberichten inzwischen in Kontakt mit Betroffenen.

Allerdings darf der internationale Druck nicht nachlassen. Deutschland muss weiter hartnäckig auf Aufklärung der Morde, Bestrafung der Schuldigen und sofortiger Freilassung aller verschwundenen Männer bestehen. Für die Verletzung grundlegender Menschenrechte wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit sowie die auch von Russland unterzeichnete Antifolterkonvention müssen auch staatliche Milizen bestraft werden.

Das LGBT Network hofft, Flüchtlinge ins Ausland vermitteln zu können. Denn diese sind auch in Russland nicht sicher. Daher sollte Deutschland ihnen die Aufnahme anbieten und die Visa-Vergabe lockern. Die deutsche Botschaft muss dementsprechend angewiesen werden. Mittlerweile hat Deutschland mehrere homosexuelle Tschetschenen aufgenommen.

*Markus Ulrich
LSVD-Pressesprecher*

„Wir müssen im Einsatz für LGBTI noch sichtbarer, entschlossener und substanzieller werden.“

Interview mit Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt

Die Menschenrechtslage für LGBTI ist weltweit dramatisch – welche Erklärungen haben Sie dafür?

Wir leben in einer von Krisen erschütterten Welt mit neuen politischen Akteuren und einer Erosion der bisherigen Ordnung; einer Welt, in der vielfach auch bereits Erreichtes für LGBTI wieder bedroht ist. Der erstarkende Nationalismus verringert zusätzlich die Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft und damit auch von NGOs, die sich für die Rechte von LGBTI einsetzen. So wird etwa für NGOs die Annahme von Geldern aus dem Ausland immer komplizierter oder teilweise sogar verboten. Menschen, die sich für Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Demokratie einsetzen, werden verfolgt und unterdrückt. In immer mehr Staaten und Gesellschaften missachtet man auf das schlimmste die Menschenrechte, obwohl sie universell gültig sein sollten. Wo Krieg, Hunger, Angst und Schrecken herrschen, verhallt der Ruf, die Menschenrechte zu achten, weitgehend ungehört.

Welche Auswirkungen hat der Präsidentenwechsel in den USA für die internationale LGBTI-Politik? Muss Europa, muss Deutschland hier nicht eine Lücke füllen?

Barack Obama und seine Regierung haben auf internationaler Ebene sehr viel für LGBTI-Rechte getan - vor allem auch mit der Arbeit der LGBTI-Kerngruppe bei den Vereinten Nationen, der wir seit 2016 angehören. Ich kann nur hoffen, dass die USA ihren Einsatz weltweit fortsetzen. Offen gestanden könnten Europa und Deutschland einen Partner wie die USA nicht einfach ersetzen.

Müsste Deutschland, müssten Regierung und Zivilgesellschaft gerade in der EU, nicht viel mehr Engagement im Bereich LGBTI und Menschenrechtsschutz zeigen, politisch, diplomatisch und finanziell?

Wir müssen im Einsatz für LGBTI noch sichtbarer, entschlossener und substanzieller werden. Seien wir aber nicht so pessimistisch, wir haben in den vergangenen Jahren in Sachen Toleranz und Gleichberechtigung doch eine Menge erreicht. Auch und gerade Dank Eures Einsatzes. In den beiden letzten Jahren nahm ich an Pride Paraden in Bukarest und Belgrad teil - vor einiger Zeit wären solche Veranstaltungen in diesen Städten noch undenkbar gewesen. In diesem Jahr bin ich bei der Pride Parade in Budapest dabei. In den meisten Staaten in Europa, in Nord- und Südamerika gibt es mittlerweile eine eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Auf allen Kontinenten gibt es durchaus positive Entwicklungen und politischen Mut für fortschrittlichere Politik, sei es in Südafrika oder Uruguay, in Nepal oder in Montenegro. Auch die Vereinten Nationen haben manches erreicht. Ich denke etwa an das Mandat des Unabhängigen Experten für den Schutz vor Diskriminierung und Gewalt auf Grund von sexueller Orientierung. Wir haben es trotz großer Widerstände 2016 im Menschenrechtsrat einrichten können. Erster Amtsinhaber ist Vitit Muntarbhorn. Aber ich will die Dinge nicht schöner reden, als sie tatsächlich sind. Bei allen globalen Erfolgen sehe ich natürlich neue Bedrohungen von LGBTI. Wir versuchen ganz gezielt, die Arbeit der LGBTI-Zivilgesellschaft zu unterstützen. Anfang Juni haben wir gemeinsam mit der Hirschfeld-Eddy Stiftung eine Konferenz mit Menschenrechtsverteidigern und -verteidigerinnen aus Russland, Uganda und Botsuana organisiert. Dort haben wir uns über die wach-

sende Bedrohung der Zivilgesellschaft ausgetauscht - nicht nur in autoritären, sondern auch in einigen demokratischen Staaten. Und auch im Inland gibt es noch viel zu tun. Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt sind bei uns noch traurige Realität; in Familien, auf Schulhöfen, in Betrieben. Die jetzt endlich in Deutschland beschlossene „Ehe für alle“ ist deshalb ein wichtiges Signal in die Gesellschaft hinein, dass Liebe kein Geschlecht kennt und Schluss sein muss mit der Diskriminierung von schwulen und lesbischen Paaren. Das war ein wichtiger Schritt. Denn wenn wir uns im Ausland für LGBTI-Rechte einsetzen, müssen wir auch im eigenen Land glaubwürdig sein. Und ich hoffe, dass viele Aktivistinnen und Aktivisten ihren Blick jetzt stärker auf Europa und die Welt richten. Hier gibt es noch so viel zu tun.

In vielen Ländern sind LGBTI-Projekte von internationalen Geldern abhängig. Wie lässt sich dann dem Vorwurf begegnen, dass Menschenrechte für LGBTI als eine westliche bzw. ausländische Agenda abgelehnt werden?

Hier geht es doch nicht um „westliche Werte“ oder „Sonderrechte für LGBTI“, sondern um universelle Menschenrechte, die nicht verhandelbar sind und jedem Menschen zustehen. Homosexuelle, bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen weltweit haben – wie alle anderen Menschen auch - ein Recht auf Menschenwürde und den Schutz ihrer Privatsphäre. Solange sie in Angst vor Unterdrückung, Gewalt, Diskriminierung oder rechtlicher Verfolgung leben, kann von der Einhaltung dieser elementaren Rechte definitiv keine Rede sein. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass alle Menschen diese Rechte bekommen.

Der Schutz der Menschenrechte auch von LGBTI als Verteidigung „unserer Werte“ könnte es Ländern, die ihre postkoloniale bzw. nationale Identität gegen den Westen definieren, erschweren, die Menschenrechte von LGBTI anzuerkennen. Selbst das Konzept der Menschenrechte wird bisweilen neu interpretiert. Welches Framing erscheint Ihnen sinnvoll?

Wie gesagt: Menschenrechte und damit auch die Rechte für LGBTI sind nicht verhandelbar. Sie stehen allen Menschen zu - egal wo sie geboren sind. Dahingehend ist der Hinweis auf „westliche Werte“ nichts anderes als eine billige Ausrede. Wir werden nicht müde werden, weltweit die Entkriminalisierung von Homosexualität und aktiven Schutz von LGBTI-Rechten zu fordern. Aber unsere Strategie, mit der wir uns für LGBTI einsetzen, ist selbstverständlich von Land zu Land verschieden. Unsere oberste Maxime dabei ist, dass wir unsere Partner nicht in Gefahr bringen dürfen. Denn damit wäre niemandem geholfen. Unsere Botschaft ist: Wir fordern keine Minderheitenrechte, sondern einen wirksamen Schutz der Menschenrechte aller, unabhängig von der Herkunft, der Hautfarbe, der Religion oder eben der sexuellen Identität. Das ist kein Luxus, sondern die Verwirklichung eines Grundsatzes, auf den wir uns schon vor fast 70 Jahren in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verständigt haben.

Welche Erfahrungen haben Sie im Ausland gemacht? Welche Wörter und Argumente kommen an und bewirken einen Veränderungsprozess, mit welchen Forderungen trifft man eher auf Widerstand oder Unverständnis?

Meine Erfahrungen sind sehr unterschiedlich und lassen sich nicht verallgemeinern. Entscheidend ist, im Dialog zu bleiben. Auch und gerade mit denen, die andere Auffassungen vertreten, denn nur wer miteinander spricht, kann auch ein Umdenken erreichen. Insbesondere im Umgang mit schwierigen Partnern und autoritären Regimen müssen wir in diesen Dialog immer auch Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft einbeziehen. Wenn ich nach Russland, Türkei, Ägypten oder die Golfstaaten reise, treffe ich - wo immer möglich - auch Menschenrechtsaktivisten und Bürgerrechtlerinnen. Ihnen gilt meine Solidarität.



Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt

Das Auswärtige Amt war federführend daran beteiligt, dass ein Homosexueller aus Tschetschenien in Deutschland humanitäres Asyl erhalten hat. Ist die deutsche Außenpolitik heute besser dafür sensibilisiert, auf Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen und transgeschlechtlichen Menschen zu reagieren?

Die Berichte über Folter und Mord von LGBTI in Tschetschenien haben uns alle schockiert. Ich bin froh, dass wir inzwischen sogar in drei Fällen Betroffene nach Deutschland bringen konnten. Dass wir hier mit einer Reihe europäischer Staaten schnell und entschieden reagiert haben, zeigt, dass wir bei diesem Thema gut vernetzt sind und die seit 2013 bestehenden Leitlinien der EU zum Schutz der Rechte von LGBTI-Personen auch konsequent angewandt werden. Damit verbunden bleibt unsere Forderung, dass die russische Regierung die Verantwortlichen für diese grausamen Verbrechen zur Rechenschaft ziehen muss.

Was können deutsche Auslandsvertretungen konkret tun?

LGBTI-Rechte gehören zum festen Menschenrechtskanon an unseren Auslandsvertretungen. Wir unterstützen bedrängte Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger – auch indem wir Projekte mit lokalen Partnern fördern: Im Norden Russlands unterstützen wir dieses Jahr beispielsweise den Aufbau eines LGBTI-Netzwerks mit juristischen Schulungen und in der Ukraine fördern wir eine LGBTI-Organisation, die mit kreativen Mitteln

in der Öffentlichkeit für Toleranz und Respekt wirbt. In Nigeria, der Elfenbeinküste, im Baltikum und in Südosteuropa ermöglichen wir Treffen mit LGBTI-Aktivist*innen in den Räumen unserer Auslandsvertretungen und fördern die lokalen Netzwerke. Bei fragwürdigen Prozessen entsenden wir Beobachter in den Gerichtssaal. Und natürlich sprechen wir das Thema regelmäßig und deutlich gegenüber anderen Regierungen an. Oft hinter verschlossenen Türen, aber wann immer es sinnvoll ist auch öffentlich. Dabei arbeiten wir eng mit der Zivilgesellschaft in den jeweiligen Ländern zusammen, da sie die Situation vor Ort zumeist am besten einschätzen kann.

Wir fordern oftmals sichtbares Eintreten für die Menschenrechte, weil wir uns nicht darauf verlassen können, dass das Thema andernfalls nicht unter den Tisch fällt. Gleichzeitig ist öffentliches Anprangern nicht immer hilfreich. Wie bewerten Sie das Spannungsfeld zwischen lauter und leiser Diplomatie.

Ja, Sie sagen es: Es ist ein schmaler Grat. Und immer wieder diskutieren wir intensiv darüber, wie wir uns einsetzen, um den Betroffenen am besten helfen zu können. Ganz wichtig ist der Rückhalt, den wir hier in Deutschland spüren, um denjenigen beizustehen, in deren Heimatländern der Widerstand stärker wird. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass der hohe Anspruch der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte weltweit Realität wird. Und zwar für Alle.

Eine Erfolgsgeschichte

Zehn Jahre Hirschfeld-Eddy-Stiftung



Foto: Caro Kadatz

Stand der Hirschfeld-Eddy-Stiftung beim Stadtfest in Berlin



Foto: Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Projektbesuch in Nicaragua



Foto: Caro Kadatz

5. Fachtag Regenbogenphilanthropie
„Wer spricht? Wer wird gehört?“

Wie die Zeit vergeht! Am 11. Juni 2007 fand im Berliner Roten Rathaus das vom LSVD organisierte Panel „Engagement für die Menschenrechte von LSBT stärken“ statt. In der Kooperationsveranstaltung mit ILGA und dem Forum Menschenrechte diskutierten Akteur*innen der Menschenrechtspolitik über Strategien zur Überwindung der strafrechtlichen Verfolgung von Homosexualität in über 80 Staaten. Anlässlich dieser Veranstaltung gab der LSVD die Gründung seiner Hirschfeld-Eddy-Stiftung bekannt.

Bald unterstützten wir intensiv Aufklärungsarbeit in Nicaragua - zunächst mit eingeworbenen Spendengeldern, ab 2010 dann mit Hilfe des Auswärtigen Amtes. Unsere Kolleg*innen vom Red de Desarrollo Sostenible erarbeiteten einen Nationalen LSBTI-Aktionsplan und einen Leitfaden für die LSBTI-Berichterstattung, führten Workshops mit angehenden Journalist*innen und Seminare zu Strategien der Lobbyarbeit für LSBTI durch. Heute geben sie ihre Erfahrungen auch an Arcoiris, unseren Kooperationspartner im Nachbarland Honduras, weiter.

2008 führten wir mit Nash Mir in Kiew unsere erste Menschenrechtskonferenz zum Thema Nichtdiskriminierung und LSBTI in Osteuropa durch. Es folgten ähnliche Veranstaltungen 2010 in Riga, 2012 in St. Petersburg, 2014 in Belgrad und 2016 in Pristina. Immer mit im Boot sind eine örtliche LSBTI-Partnerorganisation und eine allgemeine Menschenrechtsorganisation. Themen sind der Austausch über Allianzenbildung, Sensibilisierungs- und Akzeptanzarbeit oder Lehren aus der Geschichte mit Multiplikator*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik.

Auch mit Aktiven aus der Türkei und dem Iran haben wir von Beginn an zusammengearbeitet. Mit Spenden unterstützten wir die Arbeit von Lambda Istanbul und Pink Black Triangle Izmir. Für das exiliranische Flüchtlingsprojekt Iranian Railroad for Queer Refugees in Kanada sammeln wir seit 2009 Spenden. Zum Mittleren Osten und nach Nordafrika bestehen seit dem arabischen Frühling enge Kontakte, etwa durch unsere Zusammenarbeit mit dem Mantiqitna-Netzwerk und durch die vom Auswärtigen Amt geförderte Besuchsreise von Aktivist*innen aus der MENA-Region nach Berlin Ende 2015. Eine produktive Kooperation verbindet uns mit den Freund*innen in Tunis, mit denen wir für 2017 mehrere Projekte vereinbart haben, u.a. eine Besuchsreise in die Partnerstadt Köln.

Um voneinander zu lernen, beantragen wir die HES-Besuchsreisen beim Auswärtigen Amt, dem Goethe-Institut oder der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Kolleg*innen berichten uns aus ihren Ländern, von ihren Problemen und ihren Lösungsstrategien, Arbeitsschwerpunkten und Zielsetzungen. In den Workshops berichten wir auch von unseren Erfahrungen und bringen sie Kontakt zu deutschen Politiker*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, Stiftungen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit oder Vertreter*innen der Religionen. Unvergessen ist der Besuch einer Delegation aus Subsahara-Afrika. Bei ihrem Besuch im Haus der Deutschen Bischofskonferenz berichteten sie den erschütterten Religionsvertretern aus erster Hand, was deren Glaubensbrüder anrichten. In Verfolgerstaaten wie Simbabwe, Kamerun, Uganda oder Tansania gilt noch die zu Kolonialzeiten eingeführte Kriminalisierung. Religiös motivierte gesellschaftliche Homo- und Transphobie sind weit verbreitet.



Wagen der Hirschfeld-Eddy-Stiftung beim Berliner CSD 2015



Yogyakarta-Allianz



Axel Hochrein, Vorstand der Stiftung, in Belgrad



Yogyakarta Plus, Band 2 der Schriftenreihe

Auf dem afrikanischen Kontinent kriminalisieren 37 Staaten Homosexuelle. In Nigeria, Kamerun oder Simbabwe kommt es meist in Wahlkampfzeiten immer wieder zu Strafrechtsverschärfungen oder entsprechenden Gesetzesvorhaben. Zusammen mit unerträglichen Hasspredigten in den Gotteshäusern, Parlamenten oder Medien führt das zu grausamen Gewalttaten auf den Straßen der Großstädte. Und doch lassen sich die meist jungen Aktivist*innen in Kampala, Harare oder Nairobi nicht einschüchtern. Mutig kämpfen sie für ihre Rechte und die der nachfolgenden Generationen. Für ihre beeindruckenden Erfolge erhielt Kasha Nabagesera 2015 den Alternativen Nobelpreis und Frank Mugisha 2011 den Robert F. Kennedy Human Rights Award. Beide arbeiten für ugandische Kooperationspartner. Mit dem LSVD-Projekt Masakhane arbeiten wir ebenfalls mit afrikanischen Aktivist*innen zusammen.

Seit Jahren beschäftigt uns auch die Situation in Russland. Das Putin-Regime schränkt durch Antihomosexualitätsgesetz und Repressalien gegen zivilgesellschaftliche Organisationen die Menschenrechtsarbeit ein. Jüngst erfuhr die Öffentlichkeit von der barbarischen und pogromartigen Homosexuellenverfolgung in der Teilrepublik Tschetschenien. Wir werden auch in Zukunft unsere Freund*innen vom Russian LGBT Network, von Coming out oder Side by Side in St. Petersburg unterstützen.

Auf dem Balkan arbeiten wir seit 2013 eng mit Labris und seit zwei Jahren mit der regionalen Organisation LGBTI Equal Rights Association (ERA) in Belgrad zusammen. ERA wurde im September 2015 im Nachgang einer von uns unterstützten Konferenz in Belgrad gegründet. Mit ihren über 40 LSBTI-Mitgliedsorganisationen will ERA einen positiven Wandel in der Gesellschaft anstoßen und die LSBTI-Bewegungen der Region befähigen, für ihre Rechte und ihren Schutz einzustehen. 2017 führen wir gemeinsam mit ERA und mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes

eine Menschenrechtskonferenz in Podgorica, Montenegro durch. Im Herbst 2017 werden uns zwölf Kolleg*innen aus der Region in Berlin besuchen. Wie bei allen bisherigen Besuchsreisen planen wir wieder eine halbtägige Konferenz im Auswärtigen Amt. Thema sind die Einflussmöglichkeiten deutscher und europäischer Politik und Zivilgesellschaft auf den gesellschaftlichen Wandel.

Im Inland sensibilisieren wir in den letzten zehn Jahren die Menschenrechtspolitik und Entwicklungszusammenarbeit sowie die Nord-Süd-Medien für das Thema LSBTI und Menschenrechte. Im Auswärtigen Amt, anderen Stiftungen oder EZ-Organisation sind wir gefragte Gesprächspartner*innen. Mit unserer HES-Schriftenreihe und vielen Beiträgen für entwicklungs- oder menschenrechtspolitische Medien haben wir informiert und aufgeklärt. Seit einigen Jahren ist bei der HES auch die LGBTI-Plattform Menschenrechte angesiedelt. Ihr Ziel ist die Inklusion der Belange von LSBTI in der Außenpolitik und der EZ. Wir kooperieren z.B. mit VENRO, Brot für die Welt, dem Auswärtigen Amt, dem BMZ oder der GIZ. Wichtige Sensibilisierungsarbeit leistet die Veranstaltungsreihe „Crossings & Alliances“. Zentrales Projekt der Plattform ist die Yogyakarta Allianz, die regelmäßig in Berlin zusammenkommt und eine wichtige zivilgesellschaftliche Ansprechpartnerin für staatliche Stellen ist.

Heute arbeiten wir mit rund 100 Partnerorganisationen aus den In- und Ausland zusammen. Wir werden zu wichtigen Veranstaltungen eingeladen, um unsere Expertise einzubringen. In zehn Jahren ist es uns gelungen, rund 1,5 Mio. Euro für die Unterstützung von LSBTI-Menschenrechtsprojekten im globalen Süden und Osteuropa zu akquirieren. Ein schöner Erfolg, der uns ermutigt, die Arbeit voranzutreiben.

Klaus Jetz
Geschäftsführer
der Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Zivilgesellschaft schwächen heißt Demokratie angreifen

Konferenz von Hirschfeld-Eddy-Stiftung und Auswärtigem Amt

LSBTI kennen das Problem seit langem: Hindernisse bei der Registrierung ihrer Organisationen, CSD-Verbote, Einschränkung der Versammlungsfreiheit, Probleme beim Funding, den Aktivismus erstickende bürokratische Anforderungen der Behörden, Schmutzkampagnen der Medien und Angriffe auf Leib und Leben. Der Handlungsspielraum von Menschenrechtsverteidiger*innen war und ist in vielen Ländern eingeschränkt.

Neu ist, dass das Phänomen des „shrinking space“, das immer mehr zivilgesellschaftliche Zielgruppen in immer mehr Ländern mit immer ausgefeilteren Methoden betrifft. Diesem Thema widmeten Hirschfeld-Eddy-Stiftung und Auswärtiges Amt am 1. Juni eine halbtägige Konferenz.

Gegen den „shrinking space“

Vor über 100 Vertreter*innen aus Politik, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit illustrierten Expert*innen zunächst Charakteristika des Phänomens des ‚shrinking space‘. Im zweiten Panel berichteten Aktivist*innen über ihre Erfahrungen. Abschließend diskutierten Vertreter*innen der Bundesregierung und der Zivilgesellschaft über mögliche Gegenstrategien.

Botswana und Russland

In einer Videoansprache ging Monica Tabengwa (Pan Africa ILGA) auf die erfolgreiche strategische Prozessführung in Botswana zur Registrierung der Organisation Legabibo ein. Prozessführung müsse immer auch durch eine Aufklärungskampagne über Motive, Sinn und Zweck der Klage begleitet werden. Selbst wenn der Gang vor Gericht nicht erfolgreich sei, so könne doch versucht werden, die Bevölkerung für die Anliegen zu sensibilisieren. Eine Klage könne also die Sichtbarkeit und Integration von LSBTI in die Gesellschaft stärken.

Die Arbeit des LSBTI-Filmfestivals Side by Side St. Petersburg stellte Gulya Sultanova vor. Bis 2011 habe es kaum Probleme gegeben. Doch dann initiierten staatliche Stellen und Medien eine regelrechte Hasskampagne. Druck und Einschüchterung nahmen dennoch enorm zu. Zum Beispiel durch das Propagandagesetz von 2012 und das Gesetz über ausländische Agenten (2014). Letzteres verbietet es Russ*innen mit bestimmten Organisationen aus dem Ausland zu kooperieren. Der Staat unterdrücke Freiräume und verfolge das Ziel, eine lebendige Demokratie zu torpedieren. Wessen Geistes Kind Vertreter*innen der russischen Behörden und einiger Medien seien, das hätten die Reaktionen auf die Verfolgung von Homosexuellen in Tschetschenien verdeutlicht: Die einen negieren und ermitteln erst, nachdem der Druck aus dem Ausland stieg. Die anderen machten sich über Angela Merkel lustig, die „sich wieder Sorgen über Schwule“ mache. Solidarität zeigte man nur mit den Journalist*innen, die über die Hatz berichtet hatten und deshalb bedroht wurden.

Zentralasien, Türkei und Uganda

Julia Ehrt (Transgender Europe) stellte ein Projekt zum Monitoring von transfeindlicher Gewalt in Osteuropa und Zentralasien vor, bei dem es auch um Aufbau und Empowering der Community geht. Gewalttaten auch seitens der Polizei gegen Transmenschen in der Türkei behindern die Selbstorganisation, weil man sich mit Sicherheitsfragen befassen müsse. In Kirgistan wurde auf die Organisation Labrys ein Brandanschlag verübt, Ermittlungen haben nicht stattgefunden, die Täter genießen Straffreiheit. Seit 2008 habe es global 2.343 Morde an Transmenschen gegeben, „eine Riesenzahl gemessen an der Größe der Community“, so Ehrt. Polizei und Gerichtsbarkeit versagten weltweit bei der Verfolgung von transfeindlichen Taten. Geld und Projektförderung seien Katalysatoren für Veränderung. Würden Gelder abgezogen, dann entstehen Lücken, die die Handlungsspielräume der Aktivist*innen einschränken.

Die Mitbegründerin von FARUG Kasha Nabagesera, berichtete, dass es seit 2006 in ihrer ugandischen Heimat regelmäßig vor Wahlen die Situation für LSBTI gefährlich wurde. Behörden, Politik, Medien verschärfen die Situation für LSBTI, Antihomosexualitätsgesetz und Anti-NGO-Gesetz tun ihr übriges. Die Regierung störe sich daran, dass LSBTI sich organisieren und Forderungen stellen. Die stärkste Waffe der LSBTI-Aktivist*innen aber seien nationale und internationale Allianzen. So fänden auf UN-Ebene neue Auseinandersetzungen statt. Die ugandische Regierung setze alles daran, dass ugandische Organisationen in Genf oder New York ausgeladen werden. Doch es gebe auch Fortschritte, etwa bei der Polizei, wo sich Ansprechpartner auch für ihre Belange einsetzten. Staatliches Handeln zielen auch auf die Isolation der Aktivist*innen: Wenn Partnerorganisationen sich zurückziehen, wenn Aktivist*innen weniger Einladungen erhalten, so mache sie dies verwundbarer.

Wie gegensteuern?

Als Gegenstrategien identifizierten die Panelist*innen die Erhöhung des Drucks aus In- und Ausland, die Bildung von starken zivilgesellschaftlichen Netzwerken, den Abbau von Bürokratie bei der Projektantragstellung die Nutzung der stillen Diplomatie sowie ein klares Bekenntnis der EU-Staaten zu den menschenrechtlichen Standards in ihren Außenbeziehungen. Vor allem nach dem Ausfall der USA müsse die EU mit gutem Beispiel vorangehen. Diplomaten*innen sollten offen für LSBTI-Belange eintreten, Räume für Aktivist*innen zur Verfügung stellen und den Austausch mit ihnen pflegen.

Björn Van Roozendaal (ILGA Europe) betonte die Bedeutung strategischer Allianzen über die eigene Community hinaus und der langfristigen und flexiblen Förderung von LSBTI-Projekten. Diese dürfe nicht nur in den Hauptstädten stattfinden. Funder müssten auch in die Fläche gehen und lokale Initiativen unterstützen. Zudem müsse dringend das Problem gelöst werden, dass nur



Foto: Caro Kadatz

Axel Hochrein (Vorstand der Hirschfeld-Eddy-Stiftung), Podiumsdiskussion zu Gegenstrategien, Staatssekretär Michael Roth, Kasha Jacqueline Nabagesera (Mitbegründerin von FARUG Uganda), Sarah Kohrt (LGBTI-Plattform Menschenrechte), Menschenrechtsbeauftragte Bärbel Kofler (v. links oben im Uhrzeigersinn)

registrierte Organisationen unterstützt werden können. Denn LSBTI-Organisationen bekommen oftmals keine Registrierung.

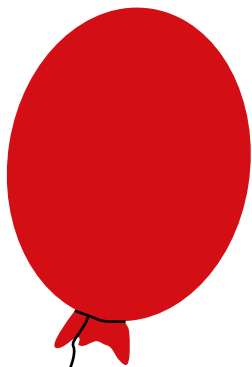
Barbara Unmüßig (Heinrich Böll Stiftung) unterstrich die Herstellung von Öffentlichkeit für das Thema. Ihre Stiftung habe einen LSBTI-Schwerpunkt auf der Homepage veröffentlicht. Stiftungen sollten Räume und Geld zur Verfügung stellen und dafür sorgen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen sich vernetzen können. So würde dem staatlichen Agieren der Spaltung und des Auseinanderdividierens entgegengetreten. Personen, die exponiert sind, gelte es zu schützen. Daher dürfe nichts ohne Absprache mit den Partner*innen geschehen.

Glaubwürdig sein

Dr. Heike Kuhn, Leiterin des Menschenrechtsreferates im Entwicklungsministerium (BMZ), verwies auf die Agenda 2030. Darin haben sich die Staaten der Welt verpflichtet, alle mitzunehmen auf dem Weg zu mehr Wohlstand und Entwicklung. Ein klarer Auftrag auch für die Menschenrechte von LSBTI. Das BMZ engagiere sich auch für LSBTI in den Bereichen Gesundheit, Berufsbildung und Rechtsstaatlichkeit. Das Problem, das bürokratische Kriterien und Förderrichtlinien gerade auch für die meist kleinen LSBTI-Organisationen schaffen, sei bekannt. Man arbeite an einer Lösung.

Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Bärbel Kofler hob hervor, dass nachhaltige Entwicklung nur bei Einhaltung der Menschenrechte möglich ist. Staat und Gesellschaft hätten sich nicht in das Privatleben der Menschen einzumischen. Internationale Foren, die EU und UN müssten genutzt werden, um mehr Aktivitäten für den Schutz von LSBTI zu entfalten. Zudem mahnte sie mehr Kohärenz von Innen- und Außenpolitik an: Bei der Gleichstellung habe auch Deutschland Nachholbedarf. Wer daheim die Hausaufgaben gemacht habe, erhöhe seine Glaubwürdigkeit auf dem internationalen Parkett.

*Klaus Jetz
Geschäftsführer der Hirschfeld-Eddy-Stiftung*



Für mehr Akzeptanz

LSVD-Aktionen am IDAHOT

Am 17. Mai eines jeden Jahres wird weltweit der Internationale Tag gegen Homo- und Transphobie (IDAHOT) begangen. Der Tag erinnert daran, dass am 17. Mai 1990 die Weltgesundheitsorganisation Homosexualität aus ihrem Diagnoseschlüssel gestrichen hat. Die jährlich stattfindenden Aktionen sind auch Teil der weltweiten Solidarität mit den Menschen, die immer noch in über 70 Ländern der Erde wegen ihrer Art zu leben und zu lieben kriminalisiert und verfolgt werden – in 13 Staaten und Regionen bis hin zur Todesstrafe.

Selbstbewusst und sichtbar

Zusammen mit vielen Partner*innen mobilisiert der LSVD besonders an diesem Tag gegen Gewalt und Vorurteile. LSBTI sollten selbstverständlicher und gleichberechtigter Teil einer demokratischen und bunten Gesellschaft sein.

Vierorts organisiert der LSVD die beliebten Rainbowflashes. Dann lassen hunderte Menschen Ballons mit ihren persönlichen Botschaften gegen Homo- und Transphobie in den Himmel steigen. Während der Flash des LSVD Hamburg bereits zum neunten Mal infolge begangen wurde, feierte die Aktion in Sachsen ihren siebenten Geburtstag. Dort ist der Rainbowflash inzwischen ein landesweites Projekt in immer mehr Städten. 2017 konnten wir uns über die ersten Flashes in Zwickau und in Wurzen freuen. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt hat den LSVD Sachsen für diese landesweite Aktion als vorbildliches Projekt ausgezeichnet. Auch in Hannover, Köln, Lübeck und Stuttgart hieß es: Komm zu deiner leichtesten Aktion am IDAHOT - dem Rainbowflash.

In Berlin beginnt der 17. Mai traditionell mit der Hissung der Regenbogenflagge an vielen Ämtern und Behörden. Anschließend lud der LSVD Berlin-Brandenburg zusammen mit dem Bündnis gegen Homophobie zu einer Kundgebung „Liebe verdient Respekt“ an den Berliner Wittenbergplatz. In Hessen organisierte der LSVD zusammen mit der griechischen Gruppe ERMIS-Frankfurt und vielen weiteren Partner*innen eine Gedenkveranstaltung am Mahnmal „Frankfurter Engel“. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt beteiligte sich in Kooperation mit dem LSVD Hessen mit einer Filmvorführung zu Regenbogenfamilien ebenfalls an den IDAHOT Aktionen. Auch in Schleswig-Holstein ist man kreativ. Unser nördlichster Landesverband lief mit beim Flensburger „Women’s March & Rainbow Walk“ durch die Innenstadt und feierte beim anschließenden Stadtfest mit.

Selbstbewusst, sichtbar und offen im Herzen von Berlin – unter dem Motto „Gleiches Recht für jede Liebe“ veranstaltete die Antidiskriminierungsstelle (ADS) zum IDAHOT einen Aktionstag vor dem Brandenburger Tor. Seit Anfang des Jahres läuft das Themenjahr der ADS zur „sexuellen Identität“ unter dem Motto „Gleiches Recht für jede Liebe“. Zusammen mit der Türkischen Gemeinde und dem Liberal-Islamischen Bund war der LSVD hier ebenfalls vor Ort und stellte die neue gemeinsame Kampagne „Du + Ich = Wir“ vor. Damit machen wir deutlich, welche Werte und Ziele uns verbinden: Es sind Offenheit und Menschenrechte, die für uns eine lebenswerte und demokratische Gesellschaft ausmachen. So wollen wir miteinander leben, dafür treten wir gemeinsam ein.

René Mertens
Bund-Länder-Koordination



Zwickau



Chemnitz



Wurzen



Berlin



Flensburg



Magdeburg

Fotos: Chris Prügner, Sefer Dülger, Annegret Ode / Netzwerk Tolerantes Sachsen, Semiramis Ceylan-Ahlborn, LSVD Schleswig-Holstein, Grit Merker (v.o.n.u.)

Hamburg trifft St. Petersburg

Fünf Jahre Fachaustausch im Rahmen der Städtepartnerschaft

Fünf Jahre deutsch-russischer Fachaustausch des LSVD Hamburg mit St. Petersburg - liebe Barbara, lieber Wolfgang wie kam es eigentlich zu dieser außergewöhnlichen und erfolgreichen Partnerschaft?

2010 haben wir beschlossen, dass LSBTI auch Thema des Deutsch-Russischen Jugendaustauschs sein sollte - im Rahmen der seit Jahrzehnten bestehenden Städtepartnerschaft Hamburg-St. Petersburg. Über den Kontakt von Wanja Kilber zu „Coming Out“ in St. Petersburg haben wir dann die Weichen für unser bilaterales Austauschprojekt gestellt. Mit finanzieller Unterstützung der Stadt und der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch konnten wir bisher zwölf bilaterale Maßnahmen durchführen, d.h. Hamburger*innen besuchen St. Petersburg, St. Petersburger*innen besuchen Hamburg.

Wie hat sich während dieser Zeit die Lebenssituation von LSBTI in St. Petersburg und Russland entwickelt?

Zuletzt kamen grauenhafte Nachrichten von brutaler Verfolgung aus der Teilrepublik Tschetschenien. Die Situation hat sich dramatisch verschlechtert. Einschüchterung und Überwachung durch die Staatsmacht sowie die deutliche Zunahme der Gewalt gehören zum Alltag. In Russland sind Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung – aber ein solches Ausmaß wie in Tschetschenien hat es bisher nicht gegeben.

Mit welchen Herausforderungen haben Eure Freund*innen in St. Petersburg zu kämpfen? Ist es dort überhaupt noch möglich, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren?

Die Gesetzgebung behindert die Arbeit massiv: Das Antihomosexualitätsgesetz ist eine ständige Bedrohung für die Organisationen. Das Agentengesetz hat dazu geführt, dass „Coming Out“ und „Side by Side“ ihren Status als Nichtregierungsorganisation aufgeben mussten und für die Fortsetzung ihrer Arbeit mehr denn je auf Spenden angewiesen sind. Auch wenn ein offenes Leben zumeist nicht möglich ist, finden die Aktivist*innen mit Mut und Optimismus immer wieder neue Wege.

Welche Erfahrungen habt ihr mit den deutschen oder mit den europäischen Auslandsvertretungen in St. Petersburg gemacht? Sind diese eine Unterstützung?

2013 wurden wir in das Deutsche Generalkonsulat eingeladen. Im Schwedischen Generalkonsulat haben wir 2015 an einer Veranstaltung im Rahmen des Queerfestes von Coming Out teilgenommen. Es ist nicht ungewöhnlich, dass vor allem skandinavische Konsulate ihre Räume anbieten. Eine negative Erfahrung gab es in diesem Jahr: Im Rahmen des 60. Jubiläumsjahres der Städtepartnerschaft sollte der LSVD zur „Deutschen Woche“ in St. Petersburg eine Veranstaltung zu Menschenrechten für LSBTI in Deutschland durchführen. Nach vielem Hin und Her wurde sie wegen angeblicher baulicher Mängel im Deutschen Generalkonsulat abgesagt. Wir glauben aber eher, das sie nicht gewollt war.



*Russische Aktivist*innen auf dem CSD in Hamburg*

Wie erleben eigentlich die St. Petersburger*innen ihre Begegnungen mit der Community in Hamburg?

Die Möglichkeit, sich weitgehend offen und frei bewegen zu können, gibt ihnen Kraft und ermutigt sie in ihrem Engagement. Kritische Debatten gibt es zum Thema „Gewalt“. Für russische Aktivist*innen gehören tätliche Übergriffe zum Alltag – sie sind es gewohnt und finden, dass dieser Aspekt zu sehr von uns dramatisiert wird. Dadurch würden sie häufig nur in der „Opferrolle“ wahrgenommen, was den Dialog auf Augenhöhe erschwert.

Gibt es etwas was ihr durch den Austausch gelernt habt?

Wenn deutsche Bürokratie auf russisches Improvisationstalent stößt, suchen wir gemeinsam nach einer Lösung. Wir konnten unser Verständnis für politische und gesellschaftliche Prozesse in beiden Ländern schärfen.

Was erwartet ihr für die nächsten Jahre? Wie wird der Austausch weitergehen?

Ziel ist es, den Austausch fortzusetzen. Ob und wie sich die Rahmenbedingungen verändern, wissen wir nicht. Aber die Stadt Hamburg hat uns ihre Unterstützung zugesagt.

Danke für Euer tolles ehrenamtliches Engagement und weiterhin viel Erfolg.

120 Jahre homosexuelle Emanzipationsbewegung

Magnus-Hirschfeld-Denkmal in Berlin



Foto: Semiramis Ceylan-Ahlhorn, LSVD

Stephan Seifert, Sascha Ratayski (beide Architekten), **Stephanie Kuhn** (Projektleiterin), **Wolfgang Knapp** (Universität der Künste Berlin), **Ruth Gabrielle Cohen** (Großnichte von Dr. Magnus Hirschfeld), **Dr. Christian Hanke** (Bürgermeister des Bezirks Berlin-Mitte), **Jörg Steinert** (Geschäftsführer LSVD Berlin-Brandenburg), **Martin Binder** (Internationale Arbeitsgruppe aus Kunst, Architektur und Design) (v.l.n.r.)

Festakt im Centrum Judaicum,
Neue Synagoge,
Oranienburger Str. 28-30,
10117 Berlin
Donnerstag, 7. September 2017, 19.00 Uhr
(Einlass ab 18.30 Uhr)

Anmeldung erforderlich:
semiramis.ceylan@lsvd.de

Berlin war vor 120 Jahren Ursprung und Motor der homosexuellen Emanzipation. Der jüdische Arzt und Sexualwissenschaftler Dr. Magnus Hirschfeld gründete hier 1897 zusammen mit dem Juristen Eduard Oberg, dem Verleger Max Spohr und dem Schriftsteller Franz Josef von Bülow das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee (WhK), die weltweit erste Organisation, die sich für die Bürgerrechte Homosexueller einsetzte. Das Wirken von Hirschfeld und seinen Mitstreitern nahm weltweit Einfluss auf die Abschaffung antihomosexueller Straftatbestände. Seit vielen Jahren engagiert sich der LSVD Berlin-Brandenburg für ein Denkmal für diese Bewegung.

Unser Verband bemühte sich seit 1992 um einen Gedenkort für Magnus Hirschfeld in Berlin. Zum 100. Gründungstag des WhK benannten wir in einer symbolischen Aktion den Vorplatz der Kongresshalle in Magnus-Hirschfeld-Platz um. 1998 entschied der damalige Bausenator einen am Bundeskanzleramt über die Spree führenden Steg nach Hirschfeld zu benennen. Nachdem der Steg bis 2007 nicht gebaut wurde, wendete sich der LSVD an Senat und Bezirk, um einen Ersatzort zu finden. Man verständigte sich auf den Uferabschnitt zwischen Luther- und Moltkebrücke gegenüber dem Bundeskanzleramt. Das Magnus-Hirschfeld-Ufer wurde am 6. Mai 2008 feierlich eingeweiht. 2011 folgten Gedenktafeln am Ufer. Diese informieren aber nicht nur über das Leben von Magnus Hirschfeld, sondern über das Wirken einer ganzen Bewegung.

Die Akteur*innen der weltweit ersten homosexuellen Emanzipationsbewegung wirken auch nach ihrem Tod bis heute identitätsstiftend. Zugleich muss berücksichtigt werden, dass der Kampf für Gleichberechtigung nicht abgeschlossen ist. Symbolisch verdeutlicht wird dies durch sechs CALLA-

Lilien in Regenbogenfarben. Zur Auswahl standen fünf Entwürfe einer internationalen Arbeitsgruppe aus Kunst, Architektur und Design am Institut für Kunst im Kontext der Universität der Künste. Hierzu erklärte Dr. Berndt Schmidt, Sprecher der Jury im November 2015: „Es gab eine sehr engagierte Diskussion, an deren Ende sich die große Mehrheit für den Entwurf CALLA entschieden hat. Die Jury ist der Überzeugung, dass das Denkmal selbstbewusst und positiv wirkt und eine beeindruckende Fernwirkung entwickelt. Die CALLA-Lilie besitzt weibliche und männliche Blüten auf einer Pflanze. Somit ist sie ein Symbol für die Normalität der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Natur.“

Im Sommer 2016 verständigten sich das Bezirksamt Berlin-Mitte und der LSVD auf einen Vertrag zur kostenfreien Überlassung einer Teilfläche des Magnus-Hirschfeld-Ufers zur Errichtung des Denkmals. Bei der Vertragsübergabe mit Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke appellierte die Großnichte Magnus Hirschfelds, Ruth Cohen, an die neue Berliner Landesregierung, für die Instandhaltung dieses wichtigen Gedenkortes Verantwortung zu übernehmen. Bereits zwei Monate später verpflichtete sich die rot-rot-grüne Landesregierung auf einen detailreichen Koalitionsvertrag, in dem u.a. Folgendes vereinbart wurde: „Die Koalition wird dafür Sorge tragen, dass der Unterhalt des Magnus-Hirschfeld-Denkmal gesichert ist.“

Am 7. September 2017 wird das Denkmal eingeweiht. Am gleichen Abend findet ein Festakt im Centrum Judaicum statt. Gemeinsam mit Senator Dr. Klaus Lederer wollen wir auf 120 Jahre homosexuelle Emanzipationsbewegung und 25 Jahre LSVD Berlin-Brandenburg zurückblicken.

Jörg Steinert
LSVD Berlin-Brandenburg

LSBTI-Geflüchtete stärken

Die Beratungsstelle des LSVD Sachsen

Seit Juli 2016 unterstützt der LSVD Sachsen mit dem Chemnitzer „Information Center for LGBTI Refugees“ LSBTI-Geflüchtete in Südwest- und Mittelsachsen. Das Zentrum ist Teil des sachsenweiten Beratungsnetzwerks mit Standorten in Leipzig, Dresden und Chemnitz. Projektmitarbeitende Cosima Winifred Lambrecht berät LSBTI- Geflüchtete im Asylverfahren, hilft bei Diskriminierung und Anfeindungen in den Unterkünften und unterstützt bei alltäglichen Herausforderungen. Möglich macht das eine Förderung des Sächsischen Staatsministeriums für Integration und Gleichstellung.

Die Asylsuchenden können sich telefonisch, per Mail oder auch persönlich bei Winifred melden. Im Kontakt steht sie derzeit mit Geflüchteten aus Venezuela, Marokko, dem Irak, aus dem Libanon und aus Aserbaidschan.

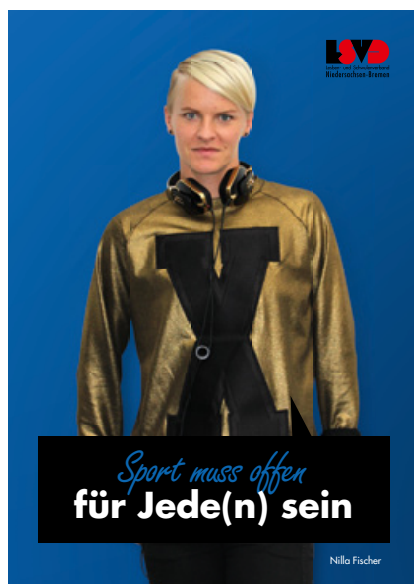
Darüber hinaus sensibilisiert die Beratungsstelle Mitarbeitende der Flüchtlingshilfe zum Thema „LSBTI & Flucht“. Mit gezielten Informationen und Handlungsempfehlungen wird Regenbogenkompetenz vermittelt.

Zunehmend wird auch das Thema Integration ein weiterer Arbeitsschwerpunkt. Winifred sucht gemeinsam mit den Geflüchteten nach einer Wohnung oder einem Ausbildungsplatz und bietet Workshops zum Spracherwerb an. Freizeitangebote sollen das Wir-Gefühl stärken und Freundschaften ermöglichen. Das Ziel: Ein selbstbestimmtes Leben.

*Cosima Winifred Lambrecht
Information Center for LGBTI Refugees*

Sport muss offen für jede*n sein!

Nilla Fischer ist neues Gesicht des LSVD Niedersachsen-Bremen



Das Motto „Für Vielfalt im Sport – gegen Homo- und Transphobie“ hat sich der LSVD Niedersachsen-Bremen 2017 auf die Fahne geschrieben. Daher sollte das Gesicht 2017 des Landesverbandes auch aus dem Bereich Sport kommen und eine Verbindung zu Niedersachsen oder Bremen haben. Dem Landesvorstand wurde schnell klar: Nilla Fischer vom VfL Wolfsburg wäre die perfekte Wahl. Sie spielt nicht nur für die schwedische Nationalmannschaft, sondern ist auch Abwehrspezialistin beim VfL Wolfsburg und Ehefrau - einer Frau. Erst vor wenigen Jahren ist Nilla mit ihrer Frau nach Wolfsburg gekommen. Geheiratet hatten sie bereits in ihrer Heimat Schweden. Dort wurde bereits 2009 die Ehe geöffnet.

Kurz nach der Anfrage sagte Nilla zu: „Wenn es gegen Homophobie geht, bin ich immer dabei.“ Anfeindungen jeglicher Art sind im Sport immer noch an der Tagesordnung. Ihnen kann nur wirklich begegnet werden, wenn Sportverbände, Spieler*innen und Fans an einem Strang ziehen. Dies gilt nicht nur für den Fußball, sondern auch für alle anderen Sportarten. Ein Coming-out ist für viele immer noch ein Problem. Sportler*innen verlieren heute immer noch Sponsoren, die Möglichkeit zur Wettkampfteilnahme oder werden von den eigenen Mannschaftsmitgliedern ausgegrenzt. Homo- und Transphobie haben im Sport nichts verloren. Jede*r sollte die Freiheit haben, Sport zu treiben – und das unabhängig davon, wie man aussieht oder wen man liebt. Dafür setzt sich Nilla jetzt auch als neues Gesicht des LSVD ein. Dass ihr Engagement für Vielfalt und gleiche Rechte auch meisterlich ist, bewiesen die Wölfinnen in dieser Saison. Das Team von Nilla gewann nicht nur das DFB-Pokalfinale, sondern wurde auch zum dritten Mal Deutscher Meister.

Der LSVD bedankt sich bei Nilla und dem VfL Wolfsburg für die Unterstützung und freut sich auf ein gemeinsames und erfolgreiches Jahr im Zeichen des Sports und der Vielfalt!

*Klaus Bischoff & Imke Thierfelder
LSVD Niedersachsen-Bremen*

LSVD-Aktionsfonds macht's möglich

Unterstützung für Projekte und Initiativen in unserem Verband

Ehrenamtler*innen können ein Lied davon singen. Die Ideen für spannende Projekte, tolle Werbemittel oder auch Veranstaltungen sprudeln bei so manchem Vorstandstreffen, aber in der Vereinskasse herrscht mal wieder Ebbe. Was tun?

Zum Glück gibt es ja den LSVD-Aktionsfonds. Für den Fonds stellt der Bundesverband extra Sondermittel bereit, um spannende Veranstaltungen oder Modellprojekte in unserem Verband zu unterstützen. Die Förderung versteht sich bewusst als Anschubfinanzierung und soll Ehrenamtler*innen den Rücken stärken. Über die Förderung entscheidet eine landesverbandliche Vertretung, die von einem Mitglied des Bundesvorstandes begleitet wird.

Der Aktionsfonds hat durch seine Förderung schon eine ganze Reihe von Projekten angeschoben. So hat er die spannende Veranstaltung mit der saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer in der Saarbrücker Congresshalle im Jahr 2015 überhaupt erst möglich gemacht. Kurz zuvor hatte die Ministerpräsidentin noch gepoltert, dass mit der Öffnung der Ehe, Inzest und Polygamie drohen würden. Der LSVD Saar lud sie darauf hin zum Dialog mit Manfred Bruns und Günter Dworek. Sie folgte der Einladung, wusste aber wohl, dass sie angesichts ihrer Gesprächspartner hier nicht als Gewinnerin hervorgehen würde.

Dem LSVD ein Gesicht geben, am besten ein Bekanntes. Das dachte sich der LSVD Niedersachsen-Bremen und fragte 2015 auch prompt Dr. Henning Scherf, den ehemaligen Bürgermeister von Bremen und Vater einer lesbischen Tochter, für die Kampagne an. Er wurde das erste Gesicht der neuen Kampagne, die sich bis heute erfolgreich fortsetzt. Der Fonds sorgte mit seiner Förderung dafür, dass die Postkarten mit Dr. Scherf und dem Spruch „Ich bin lesbisch“ auch in alle Ecken Niedersachsens und Bremens gelangen konnte.

Neben Werbemitteln und Flyern ermöglichte der Aktionsfond es auch, dass im sächsischen Chemnitz 2016 die erste LSVD-Beratungsstelle für LSBTI* Geflüchtete in Sachsen ins Leben gerufen werden konnte. Gefördert wird sie auch vom Freistaat Sachsen, die nötigen Eigenmittel hätte der Landesverband Sachsen jedoch niemals allein aufbringen können. Klar, dass der LSVD-Aktionsfonds da eingesprungen ist. Übrigens geht das „Information Center for LGBTI Refugees Chemnitz“ jetzt schon in sein zweites Förderungsjahr und die Bilanz zeigt, es wird gebraucht!

Ein Seminar für Regenbogenfamilien? Das machen wir, dachte sich der Vorstand des LSVD Baden-Württemberg und brachte das erfolgreiche Format zum zweiten Mal nach Stuttgart.

Mediziner*innen und angehende Fachkräfte aus dem Gesundheitsbereich zum Thema Transgeschlechtlichkeit weiterbilden und das in der Sächsischen Landesärztekammer? Unmöglich? Nein! Auch hier sprang der Fonds ein und ermöglichte die erste Fortbildungsbildungsveranstaltung des LSVD Sachsen für Mediziner*innen in Dresden.

Wie jedes Jahr kommen die Freund*innen aus St. Petersburg auf Einladung des LSVD Hamburg auch 2017 zum CSD an die Elbe. Ein gemeinsamer Dialog mit der deutschen Community steht jedes Jahr auf dem Reiseplan der Aktivist*innen – in diesem Jahr zum Thema Trans*. So ermöglicht der Aktionsfonds dem LSVD Hamburg die Durchführung eines Tagesworkshops mit deutschen und russischen Trans* in Hamburg.

Übrigens: Ausschweifende Antragsformulare sucht man beim Aktionsfond vergebens. Die Antragsstellung soll bewusst niedrigschwellig gehalten werden. Antragshöhe, finanzielle Eckdaten und Kurzbeschreibung des Vorhabens - schon ist der Antrag fertig.

*René Mertens
LSVD-Bund-Länder-Koordination*



Foto: LSVD Niedersachsen-Bremen

*LSVD-Kampagne mit
Dr. Henning Scherf*



Foto: Heike Czarnetzki / LSVD Baden-Württemberg

*Seminar für Regenbogenfamilien
in Baden-Württemberg*

Lohnt sich

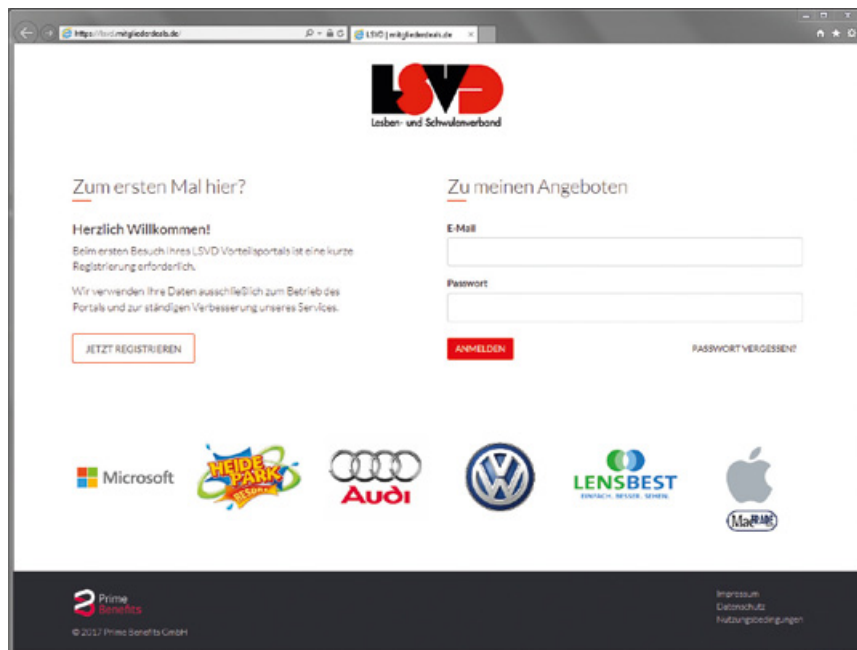
Neues Vorteilsportal für LSVD-Mitglieder

Eine LSVD-Mitgliedschaft macht unsere Arbeit für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt erst möglich. Ab sofort bieten wir zusätzlich zu den bisherigen Leistungen und Mitgliedschaftsvorteilen des LSVD ein neues Vorteilsportal für unsere Mitglieder. Unter der Webadresse www.lsvd.mitgliederdeals.de erhalten alle LSVD-Mitglieder attraktive Vergünstigungen für Einkäufe aus den Bereichen Wohnen, Mode, Gesundheit, Sport, Automobil, Reisen, Technik und vieles mehr. Es gibt mitunter Rabatte von bis zu **65 Prozent**.

Das Portal ist ausschließlich zur Nutzung für LSVD-Mitglieder bestimmt und daher zugangsbeschränkt. Beim ersten Besuch des LSVD-Vorteilsportals ist eine kurze Registrierung unter „jetzt registrieren“ erforderlich.

Bitte gib auf der Registrierungsseite zunächst Deine Mailadresse, im Anschluss Deine zwölfstellige LSVD-Mitgliedsnummer (siehe rote LSVD-Card 2017) ein.

Weitere Informationen unter
www.lsvd.mitgliederdeals.de



P. S.: Noch kein LSVD-Mitglied? **Jetzt LSVD-Mitglied werden und Zugang zu zahlreichen Vorteilen sichern!**

Weil wir für gleiche Rechte,
Vielfalt und Respekt kämpfen,
bin ich im LSVD.



Auf in die CSD-Saison

Der Sommer beginnt und damit auch die CSD-Saison. Jedes Wochenende gehen unzählige Menschen bundesweit auf die Straße, fordern gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt und feiern ausgelassen ein offenes und selbstbewusstes Leben. Natürlich ist der LSVD auf einer Vielzahl der Demoparaden und CSD-Veranstaltungen mit dabei. An unseren Info-Ständen erfahrt ihr alles über unsere Arbeit und könnt die Vorstände, Ehrenamtler*innen und Mitarbeitenden kennenlernen. Dort halten wir auch unsere neuen Give-Aways für euch bereit: Ob die Postkarten unserer Kampagne „Du+Ich=Wir“ mit der Türkischen Gemeinde und dem Liberal-Islamischen Bund, Respect-Bag, Regenbogenarmband, Post-its oder Aufkleber, es ist bestimmt für alle was dabei.

Wir freuen uns auf euch.



Fotos: LSVD

Ja, ich möchte in den LSVD eintreten. Programm und Satzung des LSVD erkenne ich an.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag* von 10,-€ 15,-€ 30,-€ _____ € *monatlicher Regelbeitrag 10€, für Nichtverdienende 2,50€

Name, Vorname: _____

Telefon: _____

Straße, Nr.: _____

Geburtsdatum (optional): _____

PLZ, Ort: _____

E-Mail: _____

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den LSVD e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Gleichzeitig weise ich mein Kreditinstitut an, die von dem LSVD e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Abbuchung: viertel- / halb- / jährlich

Kontoinhaber/in: _____

_____/_____
Kreditinstitut (Name und BIC)

IBAN: DE __ / __ / __ / __ / __ / __

Ort, Datum, Unterschrift

Weitere Infos: www.lsvd.de, www.hirschfeld-eddy-stiftung.de
lsvd@lsvd.de, Tel.: 0221 – 92 59 61 0



LSVD-Adressen

LSVD-Bundesgeschäftsstelle

Hülchrather Str. 4
50670 Köln
Postadresse:
Postfach 10 34 14
50474 Köln
Tel.: 0221 - 92 59 61 0
Fax: 0221 - 92 59 61 11
E-Mail: lsvd@lsvd.de
www.lsvd.de
www.lsvd-blog.de

LSVD-Pressestelle und Bund-Länder-Koordination

Almstadtstr. 7
10119 Berlin
Tel.: 030 - 78 95 47 78
Fax: 030 - 78 95 47 79
E-Mail: presse@lsvd.de
www.lsvd.de
www.lsvd-blog.de

ILSE - Initiative lesbischer und schwuler Eltern

c/o LSVD
Postfach 10 34 14
50474 Köln
Tel: 0221 - 92 59 61 0
E-Mail: ilse@lsvd.de
www.ilse.lsvd.de

LSVD Baden-Württemberg

c/o Weissenburg e.V.
Weissenburgstr. 28a
70180 Stuttgart
E-Mail: ba-wue@lsvd.de
www.ba-wue.lsvd.de

LSVD Bayern

c/o Sub -
Schwules Kommunikations-
und Kulturzentrum
Müllerstr. 14
80469 München
E-Mail: bayern@lsvd.de
www.bayern.lsvd.de

LSVD Berlin-Brandenburg

Kleiststr. 35
10787 Berlin
Tel.: 030 - 22 50 22 15
Fax: 030 - 22 50 22 21
E-Mail: berlin@lsvd.de
www.berlin.lsvd.de

LSVD Hamburg

c/o Hein und Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
Tel.: 040 - 28 05 09 83
E-Mail: hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de

LSVD Hessen

Postfach 17 03 41
60077 Frankfurt / Main
E-Mail: hessen@lsvd.de
www.hessen.lsvd.de

LSVD Mecklenburg-Vorpommern - Gaymeinsam e.V.

Lübecker Str. 43
19053 Schwerin
Tel./Fax: 0385 - 55 75 54
E-Mail: info@gaymeinsam-mv.de
www.gaymeinsam-mv.de

LSVD Niedersachsen-Bremen

Postfach 42 01 05
30661 Hannover
Tel.: 0541 - 59 79 25 18
Fax: 0541 - 59 79 25 19
E-Mail: nds-bremen@lsvd.de
www.nds-bremen.lsvd.de

LSVD Nordrhein-Westfalen

Hülchrather Str. 4
50670 Köln
Postadresse:
Postfach 10 34 14
50474 Köln
Tel.: 0221 - 92 59 61 0
Fax: 0221 - 92 59 61 11
E-Mail: nrw@lsvd.de
www.nrw.lsvd.de

LSVD OV Köln

Hülchrather Str. 4
50670 Köln
Tel.: 0221 - 25 84 85 4
Fax: 0221 - 92 59 61 11
E-Mail: koeln@lsvd.de
www.koeln.lsvd.de

LSVD Rheinland-Pfalz

c/o LBSK e.V.
Hintere Bleiche 29
55116 Mainz
E-Mail: rlp@lsvd.de
www.rlp.lsvd.de

LSVD Saar

Mainzer Str. 44
66121 Saarbrücken
Tel.: 0681 - 39 88 33
Fax: 0681 - 39 88 66
E-Mail: info@checkpoint-sb.de
www.saar.lsvd.de

LSVD Sachsen

Postfach 01 76
09001 Chemnitz
E-Mail: sachsen@lsvd.de
www.sachsen.lsvd.de

LSVD Sachsen-Anhalt

Schäfferstr. 16
39112 Magdeburg
Tel./Fax: 0391 - 54 32 56 9
E-Mail: sachsen-anhalt@lsvd.de
www.sachsen-anhalt.lsvd.de

LSVD Schleswig-Holstein

c/o RA Wolters
Meesenring 2
23566 Lübeck
E-Mail: schleswig-holstein@lsvd.de
www.schleswig-holstein.lsvd.de

LSVD Thüringen

Postfach 800461
99030 Erfurt
E-Mail: vorstand@lsvd-thueringen.de
www.lsvd-thueringen.de



Foto: Caro Kadatz / LSVB

Für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt

Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht des LSVB 2016/2017

1. Aktivitäten in der nationalen Politik

1.1 FÜR EIN GERECHTES RECHT

EHEÖFFNUNG

Die Öffnung der Ehe bleibt eine der wichtigen innenpolitischen Forderungen des LSVD zur Gleichstellung von LSBTI in Deutschland. Der politische Weg dazu wird weiterhin durch die Blockade der Unions-Parteien versperrt. Allein die Tatsache, dass es die Union schafft, einen seit September im Bundesrat beschlossenen Gesetzentwurf zur Ehe-Öffnung im Deutschen Bundestag nicht zur Beratung zuzulassen, zeigt, mit welcher absurden Verbissenheit hier jeglicher Fortschritt blockiert wird.

Die Bereitschaft der SPD als Koalitionspartner in der Bundesregierung die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Beendigung der Diskriminierung durchzusetzen, war bis jetzt nicht vorhanden. Bei diversen Gesprächen und Kontakten mit SPD-Abgeordneten wurde zwar die volle Unterstützung für die Sache versichert, aber gleichzeitig auf die Haltung der Union verwiesen. Der LSVD fordert hier eine Freigabe der Abstimmung über ein Gesetz zur Ehe-Öffnung. Die Aussichten, dass dies bis zum Ende der Legislaturperiode noch gelingt, sind eher gering, ebenso die Möglichkeit, dass die SPD mit den anderen im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien gegen die Union ein Gesetz verabschiedet. Die Mehrheit dafür wäre gegeben.

Die Entscheidung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, zum Themenjahr 2017 unter dem Motto „Gleiches Recht für jede Liebe“ hat der LSVD nicht nur begrüßt, sondern war im Vorfeld an der Planung beteiligt und wird bei vielen



Veranstaltungen dazu als Partner-Organisation mitwirken. Einer der inhaltlichen Schwerpunkte ist die Gleichstellung im Ehe- und Adoptionsrecht. Eine dazu im Januar veröffentlichte Studie erbrachte sehr erfreuliche Ergebnisse im Hinblick auf die Akzeptanz zur Ehe-Öffnung, die bei 83% liegt. Dass die Zustimmung in der Bevölkerung jährlich gestiegen ist, kann auch als Erfolg der Arbeit des LSVD gewertet werden, stetig und konsequent diese Forderung vertreten zu haben. In der direkten politischen Lobby-Arbeit, der Öffentlichkeitsarbeit, den Kampagnen der letzten Jahre und der massiven Bewerbung auf allen CSDs.

REHABILITIERUNG UND ENTSCHÄDIGUNG DER OPFER ANTIHOSEXUELLER STRAFGESETZE

Seit vielen Jahren setzt sich der LSVD für die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer antihomosexueller Strafgesetze in Deutschland ein. Während die Aufhebung der Urteile nach § 175 aus der NS-Zeit im Jahr 2002 durchgesetzt werden konnte, steht dieser Schritt für die Verurteilungen in der Bundesrepublik und der DDR noch aus.

Nachdem ein Rechtsgutachten im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes immer wieder vorgeschobene verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine Aufhebung dieser Unrechtsurteile überzeugend widerlegt hatte, präsentierte Bundesjustizminister Heiko Maas im Juni 2016 seine Eckpunkte zur Rehabilitierung. Der LSVD hat dazu ausführlich Stellung genommen. Eine Reihe von Kritikpunkten und Vorschlägen des LSVD waren im Referentenentwurf bereits aufgegriffen worden, den das Bundesjustizministerium schließlich im Dezember 2016 veröffentlichte.

Auch zum Referentenentwurf hat der LSVD detailliert Stellung bezogen: Wir begrüßen die vorgesehene pauschale Aufhebung der Urteile wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen in beiden deutschen Staaten nachdrücklich. Werden die einschlägigen Strafvorschriften vollständig umfasst, dann gelingt tatsächlich ein wirksamer rechtspolitischer Schlussstrich unter eine Geschichte brutaler Verfolgung und jahrzehntelanger

Ignoranz gegenüber den Opfern. Bei der konkreten Ausgestaltung der Urteilsaufhebungen moniert der LSVD allerdings noch kleinere Unschärfen.

Deutlichen Nachbesserungsbedarf gibt es bei den Regelungen zur Entschädigung. Die vorgesehenen Beträge in Form einer Einmalzahlung sind deutlich zu gering. Die menschenrechtswidrige Strafverfolgung hat die Biografien vieler Betroffener zerstört mit Auswirkungen bis heute, z. B. auf die Höhe der Rente. Daher sind auch laufende Rentenleistungen für die Opfer notwendig, die sich heute in einer Notlage im Sinne des Entschädigungsrechts befinden. Zudem müssen auch Menschen, die durch strafrechtliche Ermittlungsverfahren insbesondere durch Untersuchungshaft in ähnlicher Weise geschädigt wurden, in die Entschädigungsregelungen einbezogen werden, auch wenn es am Ende zu keiner Verurteilung gekommen ist.

Vor allem aber drängt der LSVD auf eine zügige Beratung in Regierung und Parlament. Die Opfer der menschenrechtswidrigen Verfolgung von Homosexualität warten schon viel zu lange darauf, dass ihnen endlich Gerechtigkeit widerfährt.



Zeitzeuge **Heinz Schmitz**, **Christine Lüders** und **Professor Martin Burgi** bei der Vorstellung des Rechtsgutachtens zur Rehabilitierung

1.2 FÜR MENSCHENWÜRDE – GEGEN HASS

NATIONALER AKTIONSPLAN GEGEN HOMOPHOBIE UND TRANSFEINDLICHKEIT

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD war 2013 vereinbart worden: „Wir verurteilen Homophobie und Transphobie und werden entschieden dagegen vorgehen. Wir werden den „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ um das Thema Homo- und Transphobie erweitern.“ Damit wurde eine Forderung des LSVD aufgegriffen. Mit der Umsetzung ließ sich die Bundesregierung aber lange Zeit.

Der LSVD hatte der Bundesregierung bereits im Herbst 2015 Eckpunkte für einen bundesweiten Aktionsplan übersandt. 2016 haben wir dann gemeinsam mit der Bundesvereinigung Trans* (BVT*) weitere LSBTIQ-Organisationen eingeladen, aus ihrer Perspektive die Eckpunkte zu ergänzen. Den Eckpunkten lag ein Entwurf von Günter Dworek zugrunde, und die Zusammenarbeit wurde auch von ihm koordiniert. Zahlreiche Organisationen haben sich beteiligt und Anfang Juli 2016 konnte der Bundesregierung ein gemeinsames Papier überreicht werden.

Auf dieser Basis haben sich der LSVD, der BVT* und weitere LSBTIQ-Organisationen am 5. Juli 2016 intensiv

bei einer Konsultation der Bundesregierung eingebracht. Das war auch bitter nötig. Denn auf der Tagung wurde deutlich sichtbar: Viele der dort vertretenen Bundesministerien hatten noch gar nicht wirklich realisiert, dass der Aktionsplan nicht nur Maßnahmen gegen Rassismus, sondern auch gegen Homo- und Transphobie zum Gegenstand haben soll. Wir haben sehr deutlich gemacht: Die Arbeit gegen Homo- und Transphobie darf kein bloßes Anhängsel sein.



LSVD-Bundesvorstand
Günter Dworek



Panel über den Nationalen Aktionsplan beim Kongress „Respekt statt Ressentiment“ des LSVD und der Amadeu-Antonio-Stiftung

Umso erfreulicher ist es, dass wir auf zivilgesellschaftlicher Ebene eine gute Zusammenarbeit mit dem „Netz gegen Rassismus“ etablieren konnten. Wir haben beschlossen, die jeweiligen Eckpunkte zusammenzuführen und inhaltlich zu verweben. Als Ergebnis entstanden in intensiven Konsultations- und Abstimmungsprozessen gemeinsame „Zivilgesellschaftliche Anforderungen an einen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus, Homophobie und Transfeindlichkeit“. Diese wurden im März 2017 der Bundesregierung überreicht. Das Papier enthält eine Fülle von Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Ausgrenzung und Diskriminierung in Alltag und Recht ebenso wie zur besseren Bekämpfung von Hasskriminalität. Zahlreiche Lebensbereiche von Bildung, Gesundheit, über Migrations- und Integrationspolitik bis zur Jugend- und Senior*innenarbeit werden angesprochen.

Es steht zu befürchten, dass die Bundesregierung nur wenig davon aufgreifen wird. Es ist aber zugesagt, die zivilgesellschaftlichen Anforderungen im Aktionsplan der Bundesregierung zu dokumentieren. Deshalb macht der LSVD mit seinen Bündnispartner*innen Druck, dass der Aktionsplan noch vor der Sommerpause von der Regierung verabschiedet wird, denn das verbessert die Ausgangsbedingungen für die nächste Wahlperiode.

QUEER REFUGEES WELCOME

BERATUNGSARBEIT FÜR GEFLÜCHTETE

Die Landesverbände werden immer wieder von Geflüchteten kontaktiert, die Hilfe und Unterstützung im Asylverfahren benötigen und/oder Opfer von Gewalt und Anfeindungen geworden sind. Diese Anfragen wurden häufig an den Bundesverband weitergeleitet. Im Falle einer Rechtsberatung konnte an die LSVD-Rechtsberatung verwiesen werden. Bei Übergriffen, Anfeindungen oder allen anderen Bedarfen übernimmt die Koordinationsstelle eine erste Lotsenfunktion und stellt den Kontakt zwischen Hilfesuchenden und regional verfügbaren Beratungsangeboten her. Bei akuter Gewalt wurden Leitungen der Unterkünfte, Politiker*innen oder auch Ombudsstellen einbezogen, um für schnelle Hilfe zu sorgen. Bei Anfragen aus dem Ausland zum Thema „Flucht & Asyl“ kontaktierte die Koordinationsstelle Partner*innen in den jeweiligen Ländern und verwies auf Kontaktmöglichkeiten zu europäischen Auslandsvertretungen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlingsfragen hat 2016 bei Schulungen für Mitarbeiter*innen, die sich besonders verletzlichem Flüchtlingsgruppen widmen, erstmals auf die Expertise des LSVD zurückgegriffen.

STELLUNGNAHME ASYLPAKET II – VERFAHRENS-BESCHLEUNIGUNG UND SICHERE HERKUNFTSSTAATEN

In der Stellungnahme führte der LSVD aus, dass eine Beschleunigung von Asylverfahren nicht unter Verstoß gegen das Grundgesetz und die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) erfolgen darf. Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Schnellverfahren ohne Zugang zu fachkundiger Beratung und ausreichendem Rechtsschutz bedeuten gerade für Menschen aus dem LSBTI-Personenkreis, dass sie faktisch von einer fairen Prüfung ihrer Asylgründe ausgeschlossen werden. Als Bürgerrechtsverband verteidigt der LSVD mit Nachdruck das Grundrecht auf Asyl und die Schutzrechte, die in der Genfer Flüchtlingskonvention verbrieft sind. Der LSVD steht an der Seite aller in der Gesellschaft, die sich für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik, für menschenwürdige Aufnahme, Unterstützung, Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten stark machen. Gleiches erwarten und fordern wir von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag. Daher stellen wir uns auch gegen die geplante Erweiterung der sicheren Herkunftsstaaten. Regierungen und Länder, die LSBTI* verfolgen und kriminalisieren, können nicht als sicher gelten. Eine Erweiterung der Staaten um Algerien, Marokko und Tunesien würde einer Verharmlosung der Strafverfolgung von Homosexuellen gleichkommen und zeigen, dass die Kriminalisierung von Lesben und Schwulen für Deutschland keinen menschenrechtlichen Stellenwert hat. Ferner begegnet das Konzept der „sicheren Herkunftsstaaten“ größten menschenrechtlichen Bedenken.

NEUE HANDREICHUNG „GLEICHBERECHTIGUNG VON MENSCHEN UNTERSCHIEDLICHEN GESCHLECHTS BZW. VERSCHIEDENER SEXUELLER IDENTITÄT“

In Kooperation mit dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), dem Paritätischen Gesamtverband und dem LSVD wurde eine neue Broschüre zum Themenbereich „Gleichberechtigung von Menschen unterschiedlichen Geschlechts bzw. verschiedener sexueller Identität“ entwickelt. Die Broschüre erläutert kurz und knapp in zehn Sprachen die rechtliche Situation von Frauen und Männern bzw. von Menschen verschiedener sexueller Orientierung bzw. geschlechtlicher Identität in Deutschland. Dabei wird die gelebte Vielfalt von Lebensentwürfen betont und sich für ein respektvolles Zusammenleben ausgesprochen.



Foto: LSVD

HAND IN HAND GEGEN RASSISMUS - FÜR MENSCHENRECHTE UND VIELFALT

Der LSVD war Mitglied in diesem von Campact Ende 2015 ins Leben gerufenen Bündnis. Nach einem bundesweiten Aktionstag am 19. März 2016 rief das Bündnis für den 19. Juni in fünf Städten zur Bildung von Menschenketten auf. Insgesamt protestierten bundesweit in diesen und weiteren Städten mehr als 40.000 Menschen gegen Menschenverachtung und Rassismus und für eine Gesellschaft der Vielfalt. Henny Engels vertrat den LSVD bei den Bündnistreffen. Günter Dworek sprach bei der Auftaktkundgebung zur Menschenkette in Berlin.



Foto: Bündnis Hand in Hand

RECHTSPOPULISMUS

Der Bundesverband hat im Sommer 2016 eine Arbeitsgruppe „Rechtspopulismus“ gegründet. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, Wissen zum Umgang mit rechtspopulistischen Strömungen und der Neuen Rechte zu sammeln, auszuwerten und daraus Handlungsstrategien für den LSVD abzuleiten. Der Rechtspopulismus instrumentalisiert u.a. die Rechte von LSBTI in seinem Kampf gegen „Muslime“ und Geflüchtete, torpediert andererseits aber z.B. Aktions- und Bildungspläne zur Akzeptanzförderung, steht für eine die „deutsche“ Vater-Mutter-Kind-Familie favorisierende Familienpolitik und fällt immer wieder damit auf, die Anliegen von LSBTI lächerlich zu machen oder sich eindeutig gegen gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt auszurichten. Eskalation und Provokation ersetzen konstruktive Lösungsvorschläge und alltägliche politische Arbeit.

Die Neue Rechte wird dabei zum Sammelbecken von Evangelikalen, Rechtsextremist*innen, Lebensschützer*innen und Menschen, denen die CDU zu „links“ geworden ist. Feindbild Nummer eins ist eine liberale, menschenrechtsorientierte und vielfältige Gesellschaft. Ziel ist eine „konservative Revolution“ zu einem Deutschland vor 1968, in dem angeblich alles besser war – ein Rollback zu einer homogenen und autoritären Gesellschaft, in der der Stärkere gewinnt und die Unterordnung des Individuums unter das Volk notfalls auch mit

Gewalt eingefordert wird. Politische Gegner*innen werden massiv und aggressiv angegangen, bis hin zu Bedrohungen und körperlichen Angriffen.

Die Arbeit bereicherte auch das Bund-Länder-Treffen 2016. Dort wurde nach einem inhaltlichen Input unter dem Titel „Was ist Rechtspopulismus?“ ein Argumentationsworkshop durchgeführt.

SPANNUNGSFELD HOMOPHOBIE – ISLAMOPHOBIE

Im Berichtszeitraum hat sich eine kleine AG mit dem Spannungsfeld steigender Homophobie und steigender Islamophobie befasst. In zahlreichen Gesprächen mit Interessensverbänden muslimischer Menschen, mit Bildungseinrichtungen, und der Türkischen Gemeinde wurde ausgelotet, wie der LSVD in diesem Spannungsfeld agieren kann, ohne sich einerseits in die Nähe rechtspopulistischer Strömungen zu begeben und andererseits die tatsächlichen Probleme zu leugnen.



1.3 FÜR EINE ANERKENNUNG DER REALITÄT

MEDIENPOLITIK

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil zum ZDF-Fernsehrat (2014) die Weichen dafür gestellt, dass sich die Beteiligung von LSBTI* in den Mediengremien erfreulicherweise nach und nach zum Standard in einer pluralistischen Gesellschaft entwickelt. Seit dem wegweisenden Urteil wurden beim ZDF, beim Saarländischen Rundfunk, bei Radio Bremen und zuletzt auch im Hörfunkrat vom Deutschlandradio mit der Berufung von Vertreter*innen des LSVD erstmals auch LSBTI* die Teilhabe in den Aufsichtsgremien eröffnet. Darüber hinaus hat der LSVD auch in den Landesmedienanstalten von Niedersachsen und dem Saarland Sitz und Stimme bekommen können. Gleichfalls ist anzumerken, dass zuletzt die Bayerische Staatsregierung und auch die Landesregierung Hessens sich gegen eine Vertretung von LSBTI* in den Rundfunk- und Medienräten des Hessischen bzw. des Bayerischen Rundfunks entschieden haben. Beide Landesregierungen verweigern LSBTI* hier immer noch Sichtbarkeit und Teilhabe. Als LSVD werden wir auch weiter dafür streiten, dass es endlich auch in Bayern und Hessen eine Interessenvertretung von LSBTI* gibt und dass auch die Rundfunk- und Medienräte des MDR und des NDR die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln und LSBTI* eine entsprechende Vertretung ermöglichen.

BILDUNGSPLÄNE / AKTIONSPÄNE

Die Landesvorstände wurden bei den Beteiligungsprozessen zu den Landesaktionsplänen (u.a. Hamburg, Sachsen, Thüringen) durch René Mertens (Bund-Länder-Koordination des LSVD) unterstützt und bei der Beantwortung von Stellungnahmen/Anfragen entsprechend beraten. Darüber hinaus wurden im vergangenen Jahr in einigen Bundesländern die Richtlinien für Sexual- und Familienerziehung reformiert (Hessen, Bayern). Die Bund-Länder-Koordination hat die Landesverbände dabei gestärkt, LSVD-Forderungen in die inhaltliche Diskussion um die Reformierung der Pläne einzubringen und hat den Kontakt zu Unterstützer*innen in der Landespolitik hergestellt.



*Jenny Renner,
LSVD-Bundesvorstand*



Foto: Stefan Warz (Köln)

REGENBOGENFAMILIEN

Der LSVD hat sich in den vergangenen zwei Jahren intensiv mit allen Fragen rund um Regenbogenfamilien befasst; im Vordergrund stand dabei die Entwicklung unserer Forderungen zu rechtlichen Reformen. Im zurückliegenden Jahr haben wir dazu eine intensive Auseinandersetzung geführt. Der Diskussionsprozess hat gezeigt, dass zu dem Thema Elternschaft im Verband viele verschiedene Positionen vertreten sind – diese sind oft durch die Erfahrungen in der eigenen Regenbogenfamilie geprägt, und aufgrund dieses persönlichen Bezuges war die Auseinandersetzung zeitweise von großem emotionalem Engagement bestimmt.

In einem achtwöchigen Beteiligungsprozess konnten alle LSVD-Mitglieder sich im vergangenen Sommer zu dem Thema einbringen. Im Anschluss daran fand im Oktober 2016 ein zweitägiger Workshop unter Leitung von Gabriela Lünsmann in Köln statt. Die dortige intensive Diskussion zur Abschaffung der Stiefkindadoption, zur Elternschaftsvereinbarung, zu Leihmutterchaft und zur Reproduktionsmedizin ermöglichte den Rahmen für sachgerechte Kompromisse. Eine Redaktionsgruppe, ebenfalls unter Leitung von Gabriela Lünsmann transferierte anschließend die Positionen in einen Antrag zum Verbandstag 2017.

TRANS*/INTER*

Der LSVD pflegt gute Kontakte zu Trans*- und Inter*-Communities. Eng zusammengearbeitet hat er mit der neugegründeten Bundesvereinigung Trans* im Rahmen der geplanten Erweiterung des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus um die Themen Homo- und Transphobie.

Die Bedarfe und Interessen von Trans* und Inter* hat der LSVD auch aktiv im Alternativbericht der CEDAW-Allianz zum kombinierten 7. und 8. Staatenbericht der Bundesregierung zum UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) sowie in seiner zusätzlichen Stellungnahme für die Themen Bildung, Gewalt, Flucht, Gesundheit und Erwerbsleben eingebracht.

Mehrfach hat er sich deutlich für eine Entpathologisierung von Inter- und Transgeschlechtlichkeit positioniert, das Ende von unnötigen kosmetischen Genitaloperationen an intergeschlechtlichen Kindern gefordert sowie sich für die rechtliche Anerkennung geschlechtlicher Selbstbestimmung ausgesprochen. Etwa in seiner Kritik an der Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum Personenstandsrecht (22.06.), am Tag der Menschenrechte (10.12.) und am Transgender Day of Remembrance (20.11.) oder zuletzt Anfang 2017 in seiner Stellungnahme zur Verfassungsbeschwerde der Initiative „Dritte Option“ vor dem Bundesverfassungsgericht.



1.4 FÜR EINE GUTE ZUKUNFT

GESUNDHEIT

Im Februar 2017 wurde im Rahmen einer Tagung das Netzwerk queergesund* Sexuelle und geschlechtliche Diversität in Gesundheitsforschung und -versorgung gegründet. Ziel des Netzwerks ist eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung. Der LSVD ist Mitglied. Gesundheitspolitische Forderungen von LSBTI* hat der LSVD auch innerhalb der geplanten Erweiterung des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus um die Themen Homo- und Transphobie, dem Alternativbericht der CEDAW-Allianz bzw. seiner zusätzlichen Stellungnahme zum kombinierten 7. und 8. Staatenbericht der Bundesregierung zum UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) erhoben.

In seiner Pressearbeit und mehreren Schreiben an die Bundesärztekammer hat der LSVD weiterhin auf die Aufhebung des pauschalen Blutspendeverbots für homo- und bisexuelle Männer gedrängt. Anlässlich des Welt-AIDS-Tages haben wir eine verstärkte und zielgruppengerechte Aufklärung, den Ausbau von niedrigschwelligen und kostenlosen Testangeboten, auch für andere sexuell übertragbare Infektionen, und die Zulassung von antiretroviralen Medikamenten (Truvada®) zur medikamentösen Prophylaxe gefordert. Der Schutz durch Therapien ist eine weitere wichtige Safer-Sex-Strategie. Kondomloser Sex ist nicht länger zwangsläufig unsafer Sex in Bezug auf HIV. Dem muss auch die aktuelle Rechtsprechung Rechnung tragen.

Der Zugang zu reproduktionsmedizinischen Leistungen ist ebenfalls eines der gesundheitspolitischen LSVD-Themen. Gefordert wird die Gleichstellung verheirateter, verpartnerter und auf Dauer in einer Lebensgemeinschaft lebender Paare bei der Kostenübernahme der gesetzlichen Krankenversicherung für Maßnahmen der künstlichen Befruchtung. Trotz fehlendem offiziellem Verbot sind lesbische Frauen bzw. Frauenpaare in Deutschland zudem weiterhin auf den guten Willen der Samenbanken und gynäkologischen Praxen angewiesen.

2.1 MENSCHENRECHTE UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die Menschenrechte in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und der Auswärtigen Politik sind ein wichtiges Thema in unseren Kooperationen mit dem BMZ, dem Auswärtigen Amt, der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, mit Organisationen wie Brot für die Welt, den Mitgliedsorganisationen des Forum Menschenrechte oder den politischen Stiftungen. Der LSVD berät und sensibilisiert dazu, klärt auf und leistet wichtige Überzeugungsarbeit. Auch auf internationaler Ebene nimmt das Thema an Fahrt auf. Zum einen bringt sich der LSVD auf der diplomatischen Ebene (UN) zu Themen der Menschenrechtspolitik ein, etwa bei Fragen zum Unabhängigen Experten zu LSBTI-Themen oder im Rahmen der Equal Rights Coalition, zwei wichtige Instrumente, die im Sommer vergangenen Jahres geschaffen wurden und seither wichtige Anknüpfungspunkte für unsere Arbeit darstellen.

Gegründet wurde die Equal Rights Coalition, eine Selbstverpflichtung zahlreicher Staaten, größere Anstrengungen für den Schutz der Menschenrechte von LSBTI zu unternehmen, bei der internationalen LSBTI-Konferenz „Non Violence, Non Discrimination and Social Inclusion“, die vom 13. bis 15. Juli 2016 in Montevideo stattfand. Auch der LSVD und andere LSBTI-Organisationen aus aller Welt waren eingeladen, um in verschiedenen Arbeitsgruppen etwa zu den Nachhaltigkeitszielen, zur Rolle der Diplomatie oder zur Förderung von LSBTI-Projekten im globalen Süden zusammen mit Regierungsvertreter*innen und privaten Stiftungen die ganze Bandbreite der Thematik zu diskutieren.

2.2 VEREINTE NATIONEN

CEDAW

Der LSVD hat sich als Mitglied der CEDAW-Allianz an deren gemeinsamen Alternativbericht zum kombinierten 7. und 8. Staatenbericht der Bundesregierung zum UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau beteiligt. Die Vertreter*innen des LSVD brachten unsere Sichtweise in den Arbeitsgruppen zu den Themen Bildung, Gesundheit, Gewalt gegen Frauen und Internationales erfolgreich ein. Zudem vertrat Henny Engels LSBTI-Verbände in der Redaktionsgruppe. Der Bericht wurde im Dezember 2016 veröffentlicht und der Bundesregierung übergeben. Aufgrund seines Beobachterstatus bei der UN konnte der LSVD auch die Chance wahrnehmen, seine Sichtweise nochmals verstärkend vorzutragen.



CEDAW-Allianz mit LSVD-Beteiligung

2.3 NETZWERKE



ILGA-Konferenz 2016 auf Zypern

ILGA

Im letzten Jahr nahm der LSVD an der ILGA Europa-Konferenz teil, die vom 19. bis 22. Oktober in Nikosia stattfand. Zudem arbeitet er regelmäßig im Europa-Netzwerk des Dachverbandes mit, das sich jährlich trifft. Klaus Jetz nimmt für den LSVD an den Treffen teil, bei denen Strategien für die politische Arbeit in Bezug auf die EU-Institutionen und den Europarat diskutiert und festgelegt werden. Über die Konferenz in Nikosia ist im LSVD-bLOG ausführlich berichtet worden. Ebenso zur Pan Africa ILGA Konferenz, die im Mai 2016 in Johannesburg stattfand, und an der Klaus Jetz auf Einladung der GIZ als Beobachter teilnahm. Auch im vergangenen Jahr lieferte der LSVD Informationen zur rechtlichen und sozialen Situation von LSBTI in Deutschland an seinen europäischen Dachverband. Sie fanden wieder Eingang in ILGA's Jahresbericht „Rainbow Europe“ und die Europakarte zur Situation von LSBTI in den europäischen Ländern, die jährlich aktualisiert und neuaufgelegt wird.

AMSTERDAM NETZWERK

Im November 2016 fand in Stockholm das NGO Netzwerk-Treffen statt, bei dem rund 20 Organisationen aus Europa und Nordamerika vertreten waren. Für den LSVD nahm Sarah Kohrt daran teil. Inhalte waren der Informationsaustausch über die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte, die Ergebnisse der Montevideo-Konferenz und die Arbeit mit der Equal Rights Coalition und dem Unabhängigen UN-Experten zu LSBTI, die UN-Nachhaltigkeitsziele und die kleiner werdenden Handlungsspielräume für NGOs in vielen Teilen der Welt oder die Leitlinien des Amsterdam Netzwerkes.



2.4 HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

PROJEKTE

Die regionalen Schwerpunkte der Arbeit liegen in Mittelamerika, auf dem westlichen Balkan, in Afrika und Osteuropa. Unser honduranischer Projektpartner Asociación LGTB Arcoiris aus Tegucigalpa wurde von April bis Dezember 2016 mit Mitteln aus dem Auswärtigen Amt unterstützt, um wichtige Arbeit in den ärmeren Siedlungen im Süden der Hauptstadt durchzuführen. Die mittelamerikanischen Kolleg*innen engagieren sich seit Jahren in der Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit für die Belange von LSBTI. Arcoiris führte 2016 in Tegucigalpa mehrere Workshops und Schulungen durch zur Verteidigung und Stärkung der Menschenrechte von LSBTI.

ERA (LGBTI Equal Rights Association for Western Balkans and Turkey) heißt unsere Partnerorganisation mit Sitz in Belgrad. Der regionale Dachverband von 40 LSBTI-Organisationen vom Balkan und der Türkei gründete sich im Herbst 2015 in Belgrad. Im September 2016 fand in Pristina, Kosovo, eine dreitägige Konferenz mit geladenen Vertreter*innen von LSBTI-Organisationen und Verbündeten aus der regionalen, nationalen und europäischen Politik statt. Die kosovarische Hauptstadt Pristina war als Konferenzort gewählt worden, um die noch sehr junge und fragile LSBTI-Bewegung im Kosovo zu stärken. Die Konferenz zielte auf die Eröffnung des Dialoges zwischen LSBTI-Menschenrechtsorganisationen mit politischen Partner*innen über Strategien einer verstärkten demokratischen und politischen Teilhabe von LSBTI in den jeweiligen Gesellschaften.

Darüber hinaus fanden in den jeweiligen Ländern Schulungen statt. Die ERA-Mitglieder sollten im Hinblick auf die EU-Integration befähigt werden, ihre jeweiligen Organisationen weiterzuentwickeln, Überzeugungsarbeit zu leisten und Kooperationen einzugehen mit EU-Institutionen sowie nationalen Regierungen, Parlamenten, Parteien und Zivilgesellschaften. Da in diesem Jahr eine Konferenz der HES in Podgorica stattfinden wird, gab es bereits Kontakte zur montenegrinischen Botschaft in Berlin, die sich sehr aufgeschlossen und interessiert zeigte.

Eine weitere Schwerpunktregion unserer Arbeit ist Afrika. Außer dem Masakhane-Projekt unterstützt die HES Menschenrechtsverteidiger*innen in Nigeria, Uganda und Kenia mit Spenden, die hier eingeworben wurden. Erstmals gehört mit Support Initiative for People with Congenital Disorders (SIPD) eine Inter*-Organisation zu den Kooperationspartnern der HES. Mit der Soforthilfe der Hirschfeld-Eddy-Stiftung von 3.000 Euro konnte der Umzug des SIPD-Büros in neue Räumlichkeiten sowie die Anschaffung sicherer Kommunikationstechnik gewährleistet werden. Auch die exiliranische Organisation IRQR konnte im vergangenen Jahr mit Spendengeldern unterstützt werden.

In Osteuropa unterstützte die HES in den vergangenen Monaten mit eingeworbenen Spendengeldern das Side by Side Filmfestival in St. Petersburg, unsere Partnerorganisation Nash Mir in Kiew und Lambda Warszawa.

3. Mitarbeit in Netzwerken/ Vertretungsaufgaben

LGBTI-PLATTFORM MENSCHENRECHTE

Auch 2016 ist es wieder gelungen, Drittmittel von der Dreilinden gGmbH für die LGBTI-Plattform Menschenrechte der Hirschfeld-Eddy-Stiftung einzuwerben. Das Projekt wird von Sarah Kohrt geleitet. Das Ziel der LGBTI-Plattform Menschenrechte ist die Inklusion der Belange von LSBTI in der Außenpolitik und der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Kooperationspartner sind beispielsweise Venro, Brot für die Welt, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, das Afrika-Haus in Berlin, Organisation Inter International (OII), das Auswärtige Amt, das BMZ und die GIZ. Wichtig sind die Veranstaltungen in der Reihe Crossings & Alliances, die häufig in Kooperation mit den LSVD-Landesverbänden gemacht werden.

Das zentrale Projekt der Plattform ist die Yogyakarta-Allianz. Sie ist ein offenes Bündnis der Zivilgesellschaft, die Aktiven treffen sich regelmäßig in Berlin. Sie ist eine wichtige Ansprechpartnerin für staatliche Stellen. So wurde unsere Expertise in der Ausbildung von Attachés des Auswärtigen Amtes angefragt. Die Yogyakarta-Allianz unterstützt den Dialog mit Aktivist*innen aus dem globalen Süden und Osten und versteht sich als postkolonial orientiertes Bündnis.



Donny Reyes aus Honduras bei „Crossings & Alliances“



Axel Hochrein, Vorstand der Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Der LSVD arbeitet seit etlichen Jahren intensiv im Forum Menschenrechte mit, nimmt seinen Kuratoriums-Sitz bei der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld mit Axel Hochrein und Gabriela Lünsmann wahr und ist seit Juni 2015 Mitglied im Trägerkreis des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR). Henny Engels vertritt den LSVD in der Mitgliederversammlung und wurde zudem 2016 in das Kuratorium des Instituts gewählt.

Der LSVD ist seit Gründung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in ihrem Beirat vertreten. Seit 2014 ist LSVD-Bundesvorstand Uta Schwenke vom Familienministerium als Vertreterin berufen.

Die Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ betreut auch das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen in Berlin. Seit vielen Jahren wird der LSVD im Beirat der Stiftung von Günter Dworek vertreten.

Ebenfalls Gründungsmitglied ist der LSVD im Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas und wird dort abwechselnd vertreten durch Helmut Metzner und Henny Engels.

4. Projekte



*Dr. Elke Jansen,
Leiterin des Projektes
„Regenbogenfamilien“*

Das LSVD-Projekt „Regenbogenfamilien“ setzt sich seit 15 Jahren bundesweit für die Verbesserung der persönlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Situation von Regenbogenfamilien ein. Die Bandbreite der projektinternen Angebote reicht von einem bundesweiten Beratungsangebot für Regenbogenfamilien und Fachleute, über Veröffentlichungen und Pressearbeit bis hin zu Vorträgen und (Fach-)Veranstaltungen. (www.family.lsvd.de). Seit dem 01.07.2015 führt der LSVD darüber hinaus mit Unterstützung des BMFSFJ das dreijährige Modellprojekt „Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien“ durch. Das Projekt wird von Elke Jansen geleitet und seit Frühjahr 2016 mit Kornelia Jansen gemeinsam durchgeführt.

Gemeinsam mit dem BMFSFJ will der LSVD durch das dreijährige Modellprojekt eine Lücke schließen, damit Regenbogenfamilien zunehmend wohnortnah fachkundigen Rat und Hilfe erhalten und sich willkommen fühlen können. Gleichzeitig soll bundesweit die offene Haltung von Fachstrukturen im Beratungsbereich gegenüber Regenbogenfamilien gefördert werden. Verschiedene Angebote und Fortbildungen unterstützen die Berater*innen und Beratungsstellen darin, sich mit der Familienform in ihren Herausforderungen und Potenzialen vertraut zu machen und Schwellen für Ratsuchende zu reduzieren. Zentrales Mittel zur Stärkung der Regenbogenkompetenz der Berater*innen sind Sensibilisierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen mit bedarfsgerecht konzipierten, praxisnahen und lösungsorientierten Veranstaltungsmodulen, in denen besonderer Wert auf Angebote zur Selbstreflexion eigener Unsicherheiten und Vorbehalte gelegt wird. Die Fortbildungen werden seit Sommer 2016 durchgeführt und sind bis zum Projektende im Sommer 2018 bereits vollständig ausgebucht.



*Kornelia Jansen
Stellv. Projektleitung*

Fotos: Caro Kadatz

5. Beratungarbeit

Die Geschäftsstelle beantwortet zahlreiche und vielfältige Anfragen von LSBTI, auch mit Hinweis auf unsere Ratgeberseiten. Weiterhin erreichen uns sehr viele Anfragen von Geflüchteten, die wir auch mit Hinweis auf unsere mehrsprachige Webseite www.queer-refugees.de beantworten können.



*Sandro Wiggerich,
LSVD-Bundesvorstand*

Die Rechtsberatung wurde im vergangenen Jahr von Sandro Wiggerich und bei seiner Abwesenheit von Manfred Bruns fortgeführt. Der Beratungsbedarf ist dabei gleichbleibend hoch; im Kalenderjahr 2016 wurden rund 850 Anfragen beantwortet. Auch die Geschäftsstelle beantwortet Rechtsanfragen, wenn dies durch Hinweis auf unsere Ratgeberseiten geschehen kann. Die Ratgeberseiten und die Dokumentation einschlägiger Rechtsprechung werden von Manfred Bruns ständig aktuell gehalten, was insbesondere bei einer Vielzahl von Änderungen im Asylrecht gesteigerten Aufwand erfordert. Inhaltlich sind in der Rechtsberatung fast sämtliche Rechtsgebiete betroffen; deutliche Schwerpunkte liegen jedoch im Familienrecht (oft mit Auslandsbezug: grenzüberschreitende Familiengründung, binationale Lebenspartnerschaften/Ehen, Ehen im Ausland), im Ausländer- und Asylrecht (Aufenthaltsrecht bei Lebenspartnerschaft, LSBTI-Schutzräume in Asylunterkünften) sowie im Arbeitsrecht (kirchliche Arbeitgeber). Die Probleme verlangen dabei oft nach einer komplexen Begutachtung, da einfache Fragen bereits durch die Ratgeberseiten beantwortet werden. Für Rechtsanwält*innen haben wir weiterhin auf unserer Webseite eine vollständige Dokumentation der einschlägigen Rechtsprechung eingerichtet, die ständig aktualisiert wird.

Vollständiger Tätigkeitsbericht unter:
www.lsvd.de/verband/taetigkeitsberichte.html

Saarbrücken ist bunt!

Demo gegen Rechts und Frühlingsempfang



Mit seinen Bündnispartner*innen von Bunt statt Braun ging der LSVD Saar auf die Straßen, um gegen Rechtspopulismus zu demonstrieren. Sie zeigten Einheit gegen Demokratiefeindlichkeit und für Vielfalt. Einheit zeigten auch die geladenen prominenten Vertreter*innen aus der Bundes- und Landespolitik auf dem Frühlingsempfang

des LSVD Saar. Über alle Parteigrenzen hinweg wurde u.a. diskutiert über die Erweiterung des Grundgesetzes (3+) zum Schutz der sexuellen Identität und über die Fortschritte in der Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlich Liebenden in den letzten Jahren. Alle sprachen sich in der Diskussion für die Öffnung der Ehe aus. Die Vertreter*innen des Minis-

teriums und die Politiker*innen dankten dem LSVD für seine gute und erfolgreiche Bürgerrechtsarbeit im Saarland. Unter den geladenen Gästen befanden sich auch die Bundesvorsitzende der Grünen, Simone Peter, die Bundesvorsitzende der ASF, Elke Ferner, sowie Abgeordnete aller Landtagsparteien.

Über 700 Jugendliche erreicht

Das Schulprojekt des LSVD Saar zeigte Präsenz in fast jedem Landkreis des Saarlandes. Bis dato konnten wir in allen Schulformen Vorurteile gegenüber schwulen und lesbischen Lebensweisen abbauen, inkl. einer Klasse mit geflüchteten Jugendlichen. In der außerschulischen Bildungsarbeit führt



das Schulteam Workshops an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW), bei FSJ/BFD-Seminaren und Jugendzentren durch. Vor kurzem haben wir unser Schulteam um 12 weitere junge Schwulen und Lesben erweitert (siehe Photo). Unsere ausgebildeten Teamer*innen zeigen ehrenamtliches Engagement und sind hochmotiviert. Unser Projekt ist Mitglied der bundesweiten Initiativen Queere Bildung und Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage. „LSVD Schule“ wird mit Projektmitteln von „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt.

Strangers are friends

Die Gruppe für homosexuelle Geflüchtete und Migrant*innen des LSVD Saar hat Zuwachs erhalten. Die elf geflüchteten Männer kommen aus Syrien, Oman, Pakistan, Nordirak, Iran und haben in der Gruppe und im Checkpoint neue Freundschaften und einen geschützten Raum gefunden. Als gleichgeschlechtlich Liebende haben sie in ihren Heimatländern zum Teil furchtbare Erfahrungen machen müssen. So half der LSVD Saar u.a. drei schwulen Männern aus Ägypten, die direkt aus der lebensbedrohenden Verfolgung durch ihre Familien ins Saarland geflüchtet sind. Auch eine lesbische Frau und eine Trans*-Person sind Teil der Gruppe. Die Treffen finden am zweiten Donnerstag jeden Monats ab 19 Uhr im Checkpoint statt.



Aus Angst vor Erkennung und möglicher Diskriminierung durch Verwandte und Bekannte können die Geflüchteten noch kein Gesicht zeigen.

finally-gay.com

GARAGE • SAARBRÜCKEN

Finally

PARTY FOR GAYS, LESBIANS & FRIENDS

jeden 2. Samstag im Monat 22.00 Uhr

www.facebook.com/FinallyGay

30. Juni - 02. Juli

DER CSD SAARLORLUX 2017

Texte: Max Leistenschneider. LSVD Saar.
 0681 398833. info@checkpoint-sb.de - saar.lsvd.de -
 Besucht uns bei Facebook!

Gemischtes Publikum

History

große Speisekarte

Bistro

Inh. Richard Paulus
 OBERTORSTR. 10 • SB Tel.: 0681 / 3 90 85 82

langweilig
 ist
 anders

Wir beraten Sie fachmännisch!

ALBAN HOLL GMBH
 SCHMUCK
 AUGENOPTIK
 SEHBERATUNG

Pickardstr. 23 • Püttlingen • Tel. (06898) 67264

switch
 it

Wir sind wie du!

Wir sind die neue Generation schwuler Männer. Mit einem Abo unterstützt du unsere Arbeit und bekommst die Mannschaft monatlich bequem nach Hause geschickt. Werde jetzt Teil der Mannschaft!

→ mannschaft.com/abonnieren